

**Kurzdokumentation des Kolloquiums zum Jahresthema „Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung“, 7. Mai 2010**

**Inhalt**

**Begrüßung**

**Ludwig Theodor Heuss**, Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung

**Einführung in das Jahresthema**

**Gesine Schwan**, Humboldt-Viadrina School of Governance

**Diskussionsrunde 1**

**Good Global Governance? Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft**

**Impulsreferat Wirtschaft:**

**Michael Otto**, Vorsitzender des Aufsichtsrats Otto GmbH & Co. KG

**Impulsreferat Zivilgesellschaft:**

**Paul Bendix**, Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V.

Diskussion

**Diskussionsrunde 2**

**Kapitalismus und Verantwortung? Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise**

**Impulsreferat Wirtschaft:**

**Berthold Leibinger**, Vorsitzender des Aufsichtsrats TRUMPF GmbH & Co. KG

**Impulsreferat Zivilgesellschaft:**

**Karsten Gerloff**, Präsident Free Software Foundation Europe e.V.

Diskussion

**Zusammenfassung und Ausblick auf die Herbsttagung 2010**

**Joachim Dorfs**, Chefredakteur Stuttgarter Zeitung

**Moderation der Diskussionsrunden:**

**Rupprecht Podszun**, wissenschaftlicher Referent Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht

## **Begrüßung**

### **Ludwig Theodor Heuss**

Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
sehr verehrte Preisträger und Medaillengewinner des morgigen Tages,  
liebe Freunde und Förderer unserer Stiftung,

ich freue mich sehr, Sie alle herzlich begrüßen zu können. Ich darf für diejenigen, die uns noch nicht so gut kennen, ein paar Worte über die Theodor Heuss Stiftung sagen. Es ist eine Initiative, die nach dem Tod meines Großvaters entstanden ist und die nun schon weit über 40 Jahre alljährlich den Theodor Heuss Preis und die Theodor Heuss Medaillen verleiht. Es ist eine Stiftung, die sich alljährlich ein neues Thema zum Inhalt macht. Das Besondere an dieser Stiftung ist, dass wir einerseits einen Preisträger oder zwei Preisträger-Persönlichkeiten mit großer Ausstrahlung im Mittelpunkt haben, dass wir Festredner haben mit großer Ausstrahlung, die bekannt sind und daneben häufig Bürgerinitiativen, Verbände, Organisationen aus der Zivilgesellschaft heraus, die gleichsam widerspiegeln, was das Thema ist und was in den Personen der Preisträger geehrt wird.

Wir sind – hat einmal jemand gesagt – eine Stiftung, die einen Preis verleiht, den man sich am Vortag der Verleihung erst noch verdienen muss. Das ist das, was wir heute hier machen, das Kolloquium. Es ist schön, in diesem Zusammenhang die Thematik aufarbeiten zu können und miteinander ins Gespräch zu kommen, Preisträger auf der einen Seite, Medaillengewinner, die Zivilgesellschaft auf der anderen. Und das Thema, das wir dieses Jahr haben, „Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung“ ist ja wirklich aktuell, tagesaktuell und ich bin überzeugt und freue mich außerordentlich, wenn wir in diesem Kreis heute Nachmittag die Thematik näher besprechen, diskutieren und uns darüber austauschen können. Ich danke ganz besonders herzlich Ihnen, liebe Frau Professor Schwan, dass Sie heute das Impulsreferat halten und uns damit in das Jahresthema einführen werden. Und ich danke den Preisträgern und Medaillengewinnern, dass sie danach in den beiden Diskussionsrunden, die wir unter die Themen „Good Global Governance – Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft“ sowie „Kapitalismus und Verantwortung – Reformbedarf der Marktwirtschaft im Verantwortungssinne“ gestellt haben, darauf eingehen werden. Ganz besonderen Dank Dir, lieber Rupprecht Podszun, dass Du anschließend die Diskussion moderieren wirst und die Veranstaltung heute Nachmittag vorbereitet hast. Abschließend wird Joachim Dorfs, Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung, die Zusammenfassung übernehmen und einen Ausblick auf die Herbsttagung dieses Jahres geben. Es ist unsere Tradition, dass wir nach der Preisverleihung im Frühling, in der wir das Thema erstmals bearbeitet haben, im Herbst in einer größeren Tagung die Thematik noch einmal aufnehmen und so einen Bogen spannen können.

Soweit meine kurze Einführung. Ich freue mich wirklich sehr, dass Sie alle so zahlreich heute Nachmittag hier sind. Ich freue mich auf die Veranstaltung und wünsche Ihnen und uns allen einen spannenden und inhaltsreichen Nachmittag. Vielen Dank.

## **Einführung in das Jahresthema**

### **Gesine Schwan**

Humboldt-Viadrina School of Governance

Lieber Herr Heuss,  
meine Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Einladung und dafür, dass Sie es mir zutrauen, eine Einführung in das wirklich nicht kleine Thema „Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung“ zu geben.

Wir haben, als wir damals über dieses Preisthema und auch über die Preisträger beraten haben, gefunden, soziale Marktwirtschaft ist ein Begriff, auf den sich sehr viele einigen können. Das ist ein Konsensbegriff der frühen westdeutschen Bundesrepublik in Bezug auf eine Art zu wirtschaften und miteinander umzugehen, der als Konsens insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in den 50er, 60er, auch noch 70er Jahren entstanden ist. Einer der unbestrittenen, großen Ahnherren dieser sozialen Marktwirtschaft ist Ludwig Erhard. Es gibt einen weiteren, der zumindest theoretisch, aber auch praktisch-politisch sehr wichtig war und heute auch noch bekannt ist: Das ist sein Staatssekretär Müller-Armack. Es ist auch zumeist bekannt, dass die soziale Marktwirtschaft etwas war, womit man als Alternative zur damals von der SPD und in den Gewerkschaften durchaus noch vertretenen Planwirtschaft - wenn auch demokratischen Planwirtschaft - den Markt etablieren wollte, aber mit einer sozialen Komponente. Ein geschlossenes Konzept zu dem, was soziale Marktwirtschaft war, gibt es nicht, jeder hat so seine verschiedenen Konzepte und man kann vielleicht summarisch sagen, dass sich die beiden großen Blöcke, die CDU und die FDP auf der einen Seite, aber dann auch die Fortsetzung durch die Sozialdemokraten vor allem mit Karl Schiller, zu einem Gesamtkunstwerk gleichsam verständigt und damit auch zum breiten Konsens dieser Wirtschaftsform und dieser Ordnungsform verständigt haben mit - im Laufe der Zeit - einigen unverzichtbaren Komponenten. Erstens: Die soziale Marktwirtschaft entstammte gerade einem Versuch, das Laissez-faire in der Wirtschaft zu überwinden. Dieser sogenannte Neoliberalismus war ja damals etwas anderes, als man später damit gemeint hat. Der Staat sollte der Marktwirtschaft einen Ordnungsrahmen setzen, bei Ludwig Erhard vor allen Dingen antimonopolistisch den Wettbewerb sichern. Müller-Armack war durchaus dafür, dass der Staat darüber hinaus eine sozial ausgleichende Funktion hätte, auch arbeitsmarktpolitische Funktionen übernimmt. Als Menschenbild stand dahinter das verantwortliche Individuum, das nicht nur für sich selbst und den kleinsten Kontext, sondern auch für das soziale Umfeld mit verantwortlich ist, aber so weit, dass für Risiken, die eben überhaupt nicht individuell oder in kleinen Gruppen auffangbar sind, nach dem Subsidiaritätsprinzip der Sozialstaat zuständig sein sollte. Die Freiburger Schule oder der Ordoliberalismus stand damals im Gegensatz zu dem, was man Keynesianismus nannte, während die Fixpunkte Subsidiarität, Marktwirtschaft sichern gegen Monopole und dadurch Wohlstand für alle schaffen durch mehr Umverteilung oder Sicherung, so meinte Müller-Armack, einen Einkommensausgleich schaffen könnten. Das wurde dann durch Karl Schiller im Sinne der Konzertierten Aktion, des Zusammenarbeitens weiterentwickelt, auch im Sinne des deficit spending des Keynesianismus und der beiden großen Reformwerke in den 70er Jahren zur betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung. Das skizziere ich als Komponenten. Die Leitidee war, dass das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit eine Sozialpartnerschaft oder - ich finde diesen Begriff noch treffender - eine „antagonistische Kooperation“ war. Kooperation, weil man nicht anders weiterkam aus vielen, auch historischen Gründen; „antagonistisch“, weil es konfligierende, gegensätzliche Interessen gab.

Ich finde übrigens diesen Begriff der „antagonistischen Kooperation“ ganz besonders gut und treffend, er hat nichts Vertuschendes, weil die Gegensätze auch in der Kooperation erkennbar bleiben und er ist, wie ich meine, sogar ein Grundbegriff überhaupt für viele demokratische Konstellationen. Denn es gibt in der Demokratie keine Kooperation ohne Interessengegensätze. Zum Teil könnte man denken, dass zum Beispiel innerhalb einer Partei zuweilen die Interessengegensätze größer sind als zwischen unterschiedlichen Parteien. Das sind einfach Prinzipien, auf die wir uns einstellen müssen und das verlangt auch eine gewisse Klugheit, Weisheit, eine Balance zu finden dazwischen, gegensätzliche Interessen und Spannungen auszuhalten, aber doch auch wieder ein Gemeinsames, einen Grundkonsens zu finden.

Ich denke also, dieser Begriff, aber auch dieses gesamte, ökonomische, ordnungspolitische und soziale System der sozialen Marktwirtschaft ist eines geworden, was einen breiten Grundkonsens der westdeutschen Gesellschaft ausgemacht hat. Als es nun etwas schwieriger wurde in den letzten Zeiten und Jahren, hat man oft gesagt, man müsse zur sozialen Marktwirtschaft zurückkommen. Ich glaube, wenn man historisch genauer hinguckt, ist es durchaus umstritten gewesen, was genau dazugehört. Meine Definition ist gleichsam eine konsensuelle gewesen, also ich habe von dem gesprochen, was einen breiten Konsens gestiftet hat über die Parteilager hinweg. Aber es gibt

natürlich bis heute auch Positionen, die sagen, der eigentliche Kern der sozialen Marktwirtschaft war Ludwig Erhard und alles andere war hinterher Degeneration.

Nun wird oft gesagt, wir sollten soziale Marktwirtschaft doch wiederbeleben. Das ist offensichtlich ganz richtig, aber man muss dabei bedenken - das ist der zweite Teil meiner kurzen Einführung -, dass dieses Ordnungsmodell, dieses Sozialmodell in einer Zeit entwickelt worden ist, in der der Nationalstaat die entscheidende politische Einheit war. Politik wurde vom Rahmen des Nationalstaats her gedacht und das ist nun einfach definitiv klar: Politik kann heute nicht mehr nationalstaatlich allein wirken. Also die erste große Herausforderung ist, dass wir das politische, das staatliche Einwirken entweder international oder global denken müssen.

Das ist nicht genau dasselbe. Wenn ich sage international, dann könnte man daran denken, dass die verschiedenen Nationalstaaten miteinander zusammenarbeiten. Das beinhaltet aber das Problem, dass überall wieder die nationalen Interessen, die kurzen Legislaturperioden und so weiter eine Rolle spielen. Weltwährungsfonds oder Weltbank sind ja nicht einfach supranationale Institutionen, sondern werden von ihren Trägern, natürlich auch von deren Interessen beeinflusst. Diese internationale Kooperation ist wichtig, aber darüber hinaus auch das globale, grenzüberschreitende, denn es gibt eben ganz viele Akteure, die inzwischen - insbesondere im Privatsektor - die nationalstaatlichen Grenzen einfach überschreiten und wenn man auf sie oder die Konsequenzen ihres Handelns einwirken will, dann muss man ein System finden, das dieser grenzüberschreitenden Aktivität im Wirtschaftssektor analog gestaltet wird. Sonst kann man nicht miteinander verhandeln. Und man muss etwas finden, was Kurzatmigkeiten oder Kurzsichtigkeiten von Politik - sowohl zeitliche als auch hinsichtlich von Partikularinteressen - überwindet.

Das ist der eine Punkt. Der andere Unterschied ist, dass die historische soziale Marktwirtschaft im Grunde als Regelung in erster Linie darauf zielte, den Wettbewerb zu sichern, also eine Anti-Monopol-Politik sicherzustellen. Eine soziale Marktwirtschaft unter unseren heutigen Herausforderungen muss wahrscheinlich mehr schaffen, sie muss einige globale Herausforderungen auch inhaltlich mit anpacken. Dazu gehört die Klimafrage, dazu gehört die Knappheit der Energien, dazu gehört insgesamt die soziale Lage von Menschen. Die soziale Marktwirtschaft fordert mehr an Regelung, weil die globalen Herausforderungen größer sind als sie damals in den 50er, 60er, 70er Jahren gesehen worden sind. Und das ist natürlich ein erheblicher Schritt, denn wenn man etwa durch Regelungsmechanismen versucht, darauf hinzuwirken, dass Umwelt dadurch gestärkt wird, dass kein Abfall produziert wird - wir haben uns einmal darüber unterhalten, Herr Otto, ich erinnere mich noch sehr genau daran -, dass man die Produkte dann so gestaltet, dass sie keinen Abfall mehr produzieren, sondern weiterverwendbar sind, auseinandernehmbar sind, wenn man solche sehr viel umfangreicheren inhaltlichen Prioritäten setzen will, dann muss man sich noch detaillierter verständigen.

Dies sind die neuen großen Herausforderungen und der Vorschlag, auf diese Herausforderungen einzugehen, ist, über die traditionelle Politik auch in ihrer internationalisierten Form, also Regierungskonferenzen oder internationale Organisationen, hinaus zwei weitere Akteure mit einzubeziehen, die unterschiedliche, aber wichtige Funktionen in dieser globalisierten sozialen Marktwirtschaft haben müssen. Grob gesagt: den Privatsektor und die organisierte Zivilgesellschaft. Wir müssen also die Akteure der Nationalstaaten und auch von internationalen Vereinigungen von Nationalstaaten erweitern, aber diese Akteure haben unterschiedliche Kompetenzen, Funktionen und Legitimationen. Der Privatsektor ist nicht eo ipso in irgendeiner Weise gemeinwohllegitimiert. Er wird auch nicht gewählt, genauso wenig wie die organisierte Zivilgesellschaft, aber er hat einfach Macht. Er hat enorme Macht, er wirkt über die Grenzen hinweg und er hat mit dieser gewachsenen Macht auch, wie mir scheint, eine gewachsene Verantwortung. Dadurch kann er ganz anders als im komplizierten internationalen politischen Geschäft auch Regelungen bewirken. Wenn Herr Otto mit seinem großen Versand die supply chain überprüft, also wer liefert ihm was, was steckt darin für Sklavenarbeit oder nicht, für Kinderarbeit oder nicht und wie kann man das ausdehnen auf die gesamten Handelsorganisationen, damit der Otto-Versand nicht alleine diese Schwierigkeiten bewältigen muss - ich erinnere mich noch gut an das Gespräch, in dem Sie mir die Geschichte erläutert haben -, dann

heißt das, dass durch eine nichtstaatliche, privatwirtschaftliche, insofern auch einfach gesellschaftliche, in gewisser Weise sogar auch zivilgesellschaftliche Initiative und auch Tätigkeit das, was global durchaus als politisch sanktionierte Regeln festgelegt ist durch die Vereinten Nationen, durch die Werteentscheidungen der Vereinten Nationen, dass man das umsetzt in die privatwirtschaftliche Realität. Das können solche großen Akteure viel besser, viel schneller und auch viel realitätstüchtiger, als wenn wir riesengroße nationale Koalitionen schmieden müssten.

Der andere Punkt ist aber, dass viele dieser Tätigkeiten des Privatsektors zunächst einmal freiwillig sind und die Frage ist, wie solche freiwilligen Selbstverpflichtungen zu unterscheiden sind von einem reinen Public-Relations-Akt. Da erklärt man, dass man wunderbar verantwortlich handelt, und de facto, weil es keiner mehr überblicken kann, macht man etwas anderes. Das heißt, diese Regelungen müssen auch überwacht werden und das ist eine der Aufgaben der organisierten Zivilgesellschaft, die ihrerseits oft ein bisschen piekig ist, ein wenig schwierig ist, nicht immer angenehm ist im Umgang, aber gerade dadurch auch im breiteren gesellschaftlichen Sinne Vertrauen erwirbt. In Sachen Klima hat Greenpeace in der Regel ein größeres gesellschaftliches Vertrauen als Parteien, als Politiker. In den Politikwissenschaften nennt man das „Output-Legitimation“, also durch das, was sie tun, wenn sie sich gemeinnützig verhalten, genießen sie Vertrauen. Das ist der Sinn von Output-Legitimation. Sie haben keine Input-Legitimation, sie sind nicht gewählt. Den Input einer demokratischen Wahl, den haben sie nicht, aber sie genießen Vertrauen und sie können für eine Regelung im Sinne dessen, was ich vorhin gesagt habe, sowohl Koalitionen voranbringen, Koalitionen zwischen verschiedenen privaten Akteuren, zwischen organisierter Zivilgesellschaft, auch der Politik, auch Staaten, und sie können das, was verabredet worden ist, dann auch überwachen.

Und hier kommt ein letzter Punkt, der sehr wichtig ist bei der sozialen Marktwirtschaft in der Globalisierung. Denn dadurch, dass das Ganze eine sehr viel komplexere Gestalt annimmt – drei Akteure, nicht nur ein Staat –, dadurch, dass es grenzüberschreitend die Welt umzieht, dadurch, dass sehr viele verschiedene Regelungen und Regelungsebenen entstehen – die Europäische Union oder eben Welthandelsorganisation oder Europäischer Gerichtshof, das sind ja alles viele verschiedene Ebenen –, dadurch muss es irgendwie gelingen, trotzdem einen Zusammenhang herzustellen und auch bei freiwilligen Regelungen Sanktionen einzuführen. Sonst wird gesagt: Naja, die haben sich schön dargestellt, aber in Wirklichkeit passiert nichts.

Damit bekommt die Öffentlichkeit ein erneutes großes Gewicht. Denn wenn es Gruppen gibt wie die organisierte Zivilgesellschaft, die nun darüber wachen, ob denn Unternehmen, die beispielsweise Kofi Annans Global Compact unterschrieben haben, ob sie es denn wirklich auch tun, ob sie denn ihren Publikationspflichten auch nachkommen, wenn das geschieht, dann bietet öffentliche Kritik an widersprüchlichem Verhalten Sanktionsmöglichkeit gegen die, die nur Imagepflege betreiben wollen. Das Öffentlichmachen, das Transparentmachen wird die entscheidende Kontroll-Dimension für eine globale soziale Marktwirtschaft.

Die Öffentlichkeit ist ja, seitdem man darüber nachdenkt, also ungefähr in Bezug auf Staaten seit dem 18. Jahrhundert, immer ein Filter, der das „Gute“ vom „Bösen“ trennen soll. Kant hat einmal gesagt, wenn man für das Gelingen einer Politik die Öffentlichkeit braucht, kann man ziemlich sicher sein, dass es sich um eine gerechte Politik handelt. Wenn man eine ungerechte Maßnahme durchsetzen will, dann sucht man die Dunkelheit, aber wenn man öffentlich sein will, dann muss man auch argumentieren und muss gleichsam die Gemeinwohlfähigkeit, die Gerechtigkeit belegen. Insofern ist die Öffentlichkeit, die aber eine stimulierte sein muss, wo es aktive Personen, Gruppen, Organisationen geben muss, in Zukunft eine ganz entscheidende Dimension, um die soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung zu realisieren. Das ist eine schwierige Herausforderung, Öffentlichkeit wird ja oft manipuliert. Wenn ich das Stichwort Medien sage, da wird vielen eine Gänsehaut über den Rücken laufen – außer dem Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung natürlich. Das ist schon ein heikles Thema, aber es gibt ja inzwischen sehr komplexe Medien und es ist die Aufforderung an uns alle, alle diese Hebel und Instrumente verantwortlich zu handhaben.

Ein abschließender Satz: Ich glaube, die soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung erlaubt keiner Einzelperson und keiner Organisation mehr, sich nur noch auf die gute Verwaltung von Partikularinteressen zu konzentrieren. Das reicht nicht mehr aus, schon weil man auch gar nicht mehr

die Kenntnis von allem hat. Wenn Sie das Bankensystem anschauen: Wer hat denn diese ganzen verbrieften Papiere durchschaut? Doch eigentlich nur die, die damit arbeiten. Und wenn die Akteure sich dann nicht von sich aus über den Partikularsektor hinaus verantwortlich fühlen für die Folgen ihres Handelns, dann wird soziale Marktwirtschaft sehr schwer.

Das ist mein kleiner Versuch eines Abrisses. Ich glaube, ich habe die Redezeit eingehalten und freue mich jetzt auf die Diskussion durch die Preisträger und ihre Präsentation.

## **Diskussionsrunde 1**

### **Good Global Governance? Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft**

#### **Moderation:**

##### **Rupprecht Podszun**

wissenschaftlicher Referent Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht

#### **Rupprecht Podszun:**

Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen, meine Damen und Herren. Lieber Ludwig, vielen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte. Verehrte Frau Schwan, Sie haben, glaube ich, alle Wörter geliefert, die wir jetzt nur noch in einen Satz unterbringen müssen, und das versuche ich heute. Eigentlich würde ich gerne den Preis- und Medaillenträgern schon gratulieren, aber Ludwig, Du hast es gesagt, sie müssen sich die Ehrung erst noch verdienen, deshalb sparen wir uns das auf und wollen mal hören, was sie uns heute Nachmittag zum Thema soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung beizusteuern haben.

Frau Schwan, Sie haben das ein Gesamtkunstwerk genannt. Sie hatten eher den Blick der Kunsttheoretikerin, würde ich mal behaupten, kommen wir jetzt mal zu den Künstlern. Wir fangen mit Michael Otto an, er ist so etwas wie der Andy Warhol der Marktwirtschaft. Es ist Kunst, aber es ist auch verdammt erfolgreich. Michael Otto ist nämlich der Aufsichtsratsvorsitzende der Otto Gruppe, 1943 geboren, verheiratet, zwei Kinder – wir sind hier en famille, da darf man das offen legen. Sie haben eine Banklehre gemacht – damals war das noch ein ganz ehrbarer Beruf – und Sie haben VWL studiert in München, promoviert und sind dann gleich in das väterliche Unternehmen eingetreten, waren von 1981 bis 2007 Vorstandsvorsitzender der Otto Gruppe und haben sie in dieser Zeit zum erfolgreichsten globalen Versandhaus gemacht. Heutzutage ist die Otto Gruppe aber ein Multichannel-Einzelhandel, sogar mehr als das. Multichannel, das bedeutet so viel wie: Sie können bei Otto kaufen, ohne dass Sie den Otto-Katalog in die Hand nehmen, Sie können das im Internet tun oder in einem der zahlreichen Geschäfte, ob es bei SportScheck, Manufactum oder Heine ist oder in den Otto-Shops. Otto hat auch eine kleine Finanzdienstleistungsgruppe. Klein im Verhältnis: Wenn man jährliche Umsatzerlöse von ca. 10 Mrd. Euro hat, dann nimmt sich 1 Mrd. schon eher klein aus. Sie machen auch Reisedienstleistungen, aber der Hauptpfeiler ist natürlich der Einzelhandel.

Ich glaube, es würde zu weit führen, wenn ich aufzählen würde, welche Ehrungen und Auszeichnungen Sie erhalten haben. Es haben schon andere vor uns gedacht „Otto ... find' ich gut“. Wir meinen ja ohnehin, der Theodor Heuss Preis ist sicherlich eine der wichtigsten und bedeutendsten Auszeichnungen, zumindest sei das von dieser unbescheidenen Position aus gesagt. Wichtig ist uns aber noch zu sagen, dass Sie den natürlich nicht in erster Linie für ihren unternehmerischen Erfolg erhalten – auch das ist sicherlich etwas ganz Wichtiges –, aber Herr Otto ist vor allem als jemand in unser Blickfeld geraten, der über ein unglaubliches gesellschaftliches Ansehen verfügt, weil er seinen Erfolg in ehrenamtliches Engagement umgesetzt hat. Es gibt die Michael Otto Stiftung für Umweltschutz, die sich vor allem um Wasser, um die Wasserthematik kümmert. Der gesamte Otto Konzern wurde auf Umweltschutzmaßnahmen hin ausgerichtet. Zuletzt ist Michael Otto in Erscheinung getreten als Schlichter im Hamburger Schulstreit – oder mit dem Versuch der Schlichtung in diesem Streit. Er ist Mitinitiator der Business Social Compliance Initiative, die sich für Sozialstandards in Dritte Welt-Staaten einsetzt. Es gibt also eine ganze Reihe von Aktivitäten – vielleicht werden wir über

das eine oder andere noch mehr erfahren -, die uns veranlasst haben, zu sagen: Dieser Mann ist preiswürdig für die Theodor Heuss Stiftung. Und jetzt hören wir von Ihnen einen kurzen Impuls zum Thema.

## **Impulsreferat Wirtschaft**

### **Michael Otto**

Vorsitzender des Aufsichtsrats Otto GmbH & Co. KG

Vielen Dank für die freundliche Einführung. „Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft“, so lautet das Thema. Es geht hier natürlich auch um die soziale Marktwirtschaft, das heißt um die Frage, wie weit kann man die soziale Marktwirtschaft eigentlich global übertragen, und ich glaube, dass das auf Anhieb natürlich nicht möglich ist. Es wäre zu schön, wenn wir sagen könnten, wir würden ein Regelwerk schaffen, was dann für die Weltgemeinschaft gilt und das würde dann auf die einzelnen Staaten auch zutreffen. Wenn man überhaupt etwas ändern, etwas bewegen will, dann nur schrittweise und wahrscheinlich in kleinen Schritten. Wir haben auf der anderen Seite allerdings die Möglichkeit, dass große internationale Unternehmen, die in den verschiedenen Ländern aktiv sind, die Regeln einer sozialen Marktwirtschaft auch in den anderen Ländern einsetzen und dort übertragen können. Und da sie die Möglichkeit haben, haben sie natürlich damit auch die Verantwortung, das gehört beides zusammen. Wir als Handelsunternehmen sind ein Mittler zwischen Angebot und Nachfrage, das heißt, wir haben die Möglichkeit, dass wir auf die Lieferanten einwirken, dort entsprechende Standards setzen, und wir haben auch die Möglichkeit, dass wir auf die Nachfrage, sprich auf die Kunden einwirken, indem wir informieren können. Wir wissen, dass der Kunde heute immer besser informiert ist, dass er gerne konsumiert, mit Freude konsumiert, aber auch sorgenfrei konsumieren möchte. Das wissen wir aus vielen Untersuchungen, und das heißt, der Kunde will nicht zu Lasten von Kinderarbeit oder zu Lasten der Umwelt konsumieren. Diese Verantwortung, dass das sichergestellt wird, die überträgt er auf die Handelsunternehmen und auf die Markenhersteller. Sicher zu Recht, denn nur die können ja darauf Einfluss nehmen. Deshalb sehe ich auch die Verpflichtung, verantwortlich zu handeln, wenn man die Möglichkeiten hat.

Das haben wir in unserer Unternehmensgruppe bereits seit vielen Jahren - ich würde fast sagen seit Jahrzehnten - getan. Ich habe bereits 1986 das Thema Umweltschutz zum weiteren Unternehmensziel erklärt. Wir haben zuerst begonnen, Umweltschutz an den Standorten durchzuführen, dann aber auch bei der Überarbeitung unseres gesamten Sortiments, was natürlich ein gewaltiges Unterfangen ist, denn ein Sortiment mit rund 250.000 Artikeln, das können Sie sich vorstellen, das ist nicht von heute auf morgen überarbeitet. Wir haben deswegen mit dem Textil- und Bekleidungsbereich begonnen, wo wir erst einmal in der gesamten Prozesskette, auch zusammen mit Lieferanten und den Vorstufen, untersucht haben, wo es überhaupt Umweltauswirkungen gibt. Wir waren stolz, als wir dann 1% unseres Textilsortiments entsprechend umweltfreundlich überarbeitet hatten. Heute werden 100% unseres Textil- und Bekleidungs sortiments umweltfreundlich produziert und sind damit hautfreundlich, was eine immer größere Rolle spielt. Wir haben dann den Hartwarenbereich umgestellt, besonders das Thema der Recyclingfähigkeit, die bereits bei der Konstruktion eines Produktes berücksichtigt werden muss, damit man es dann später entsprechend einfach zerlegen und die Kunststoffe sortenrein recyceln kann. Heute geht es ja sogar noch weiter unter dem Begriff „cradle to cradle“, das heißt, dass man im Grunde eigentlich den Gesamtkreislauf im Auge hat und dann Produkte daraufhin entwickelt.

1996 kam für uns das Thema Sozialstandards hinzu. Wir haben hier einen sogenannten Code of Conduct geschaffen, in dem wir entsprechende Standards formuliert haben, die wir dann auch unseren Lieferanten vorgegeben haben. Die Lieferanten mussten rechtsverbindlich unterschreiben, dass sie diese Standards einhalten. Es ist klar, dass in der Dritten Welt diese Standards auf Anhieb häufig gar nicht eingehalten werden können und dass die Umsetzung natürlich dort auch ein Prozess war und ist. Wir haben deshalb Workshops vor Ort veranstaltet, wir haben die Lieferanten unterrichtet,

wir haben ihnen gezeigt, warum es notwendig ist, entsprechende Veränderungen einzuführen und haben sie unterstützt, damit sie in ihren Unternehmen auch entsprechende Sozialstandards umsetzen konnten. Wir haben dann eine Auditierung durch unabhängige Prüfer vornehmen lassen und einen Fabrikanten, wenn er nicht auf Anhieb alles erreichen konnte, deswegen nicht gleich gesperrt. Denn damit wäre auch dem Lieferanten und vor allen Dingen auch diesen Ländern der Dritten Welt, Entwicklungsländern oder Schwellenländern, nicht geholfen, die auf den Export angewiesen sind, sondern wir haben versucht, sie über weitere Schulungen heranzuführen. Erst wenn ein Lieferant nach dem zweiten Re-Audit die Kriterien nicht erfüllt hat, dann haben wir ihn gesperrt.

Das konnten wir natürlich bei unseren Stammlieferanten gut umsetzen, denn dort hatten wir eine starke Position. Aber bei vielen anderen Lieferanten hatten wir keine große Einkaufsmacht, um so etwas umzusetzen. Deswegen habe ich 1996 die Vorstandsvorsitzenden aller großen deutschen Handelsunternehmen eingeladen und ihnen gesagt: Wir können überall konkurrieren, aber nicht zu Lasten von Umwelt- und Sozialstandards, da sollten wir gemeinsame Standards schaffen und einhalten. Das Schöne war, dass die große Mehrheit der Vorstandsvorsitzenden sich mit ihren Unternehmen dazu bekannt hat - nicht alle, aber die große Mehrheit -, so dass wir dann mit einheitlichen Standards an die Lieferanten herangegangen sind. Für die Lieferanten war der Vorteil, dass sie nur einmal nach bestimmten Standards geprüft wurden, nicht nach unterschiedlichen Standards von verschiedenen Prüfungsgesellschaften. Und wir haben es dann auf europäischer Ebene unter Koordination der Foreign Trade Association erweitert. Heute sind es mehr als 400 Unternehmen in Europa, die sich diesen Standards angeschlossen haben. Fairerweise muss man sagen, da gibt es viele Unternehmen, die diese Dinge sehr engagiert umsetzen und das entsprechend kontrollieren, aber es gibt auch einzelne Unternehmen, die damit sehr lasch umgehen, und bei denen man manchmal den Eindruck hat, dass sie gerne unter dem Deckmäntelchen einer solchen Vereinigung sind, aber es in der Umsetzung, in der Handhabung nicht so ganz ernst meinen. Das ist ein Problem, das haben wir erkannt, damit beschäftigen wir uns, wie man eine bessere Kontrolle ausüben kann, dass alle Mitglieder diese Standards bei den Lieferanten stringent umsetzen.

Trotzdem ist es wichtig, dass man überhaupt erst einmal anfängt, dass man handelt und ich glaube auch, dass es nicht nur für die Menschen, für die Umwelt gut und sinnvoll ist, sondern auch für die betroffenen Unternehmen, die es praktizieren. Denn sie verbessern damit auch ihr Ansehen, ihr Image, und wie wir wissen, spielt das bei Kunden eine immer größere Rolle. Die Kunden sind zwar noch nicht bereit, dafür mehr zu zahlen - bei der Nagelprobe, da hört es dann auf -, aber sie halten das für einen wichtigen Zusatznutzen und sie erwarten es zunehmend. Deswegen ist es ein wichtiges Kriterium. Ich sage den Lieferanten, wenn ich selbst bei den Workshops dabei bin, auch immer: Heute investieren Sie in Umweltschutz oder in Sozialstandards, das ist für die Kunden etwas, was sie zusätzlich wichtig finden. In Zukunft werden Sie kein Produkt mehr verkaufen können, ohne dass diese Standards erfüllt werden. Davon bin ich fest überzeugt; die Entwicklung wird kommen. Der Kunde ist immer besser informiert, immer aufgeklärter. Wir werden diese Entwicklung haben und deswegen tun die Lieferanten auch gut daran, hier frühzeitig zu wirken. Es ist aber auch gut für die Mitarbeiter der Unternehmen. Die Mitarbeiter können sich mit ihrem Unternehmen identifizieren. Wir stellen auch fest, dass viele Akademiker sich bei uns mit der Aussage bewerben: Das ist ein Unternehmen, mit dem können wir uns identifizieren, da wollen wir gerne arbeiten. Also man hat da auch ganz klare Vorteile, wenn man diese Themen wirklich nachhaltig betreibt.

Die großen Unternehmen haben heute die Möglichkeit, die Globalisierung mitzugestalten; sie müssen es nutzen, sie müssen handeln. Natürlich gibt die Demokratie und auch die soziale Marktwirtschaft der Wirtschaft Freiheit für Innovationen und Kreativität. Auf der anderen Seite gehört dazu aber auch die Verantwortung, dass man sich einsetzt für die Umwelt und die Gesellschaft und das muss auch immer wieder eingefordert werden. Und das, meine ich, ist auch eine ganz wichtige Rolle der NGOs, dieses einzufordern. Das wird auch sehr intensiv wahrgenommen, das ist bei den Unternehmen und in der Öffentlichkeit spürbar. Letzten Endes entscheiden wir heute, wie unsere globale Welt in Zukunft für nachfolgende Generationen aussehen wird. Dass der Einsatz für die Umwelt und für die Gesellschaft keineswegs zu Lasten der Ergebnisse gehen muss, das zeigen viele Unternehmen, die



sich engagieren. Ich würde sogar im Gegenteil sagen, dass ein Unternehmen langfristig nur erfolgreich sein kann, wenn es sich auch für Gesellschaft und Umwelt engagiert, davon bin ich felsenfest überzeugt. Und das muss man auch immer wieder einfordern.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank, Herr Otto. Warum machen Ihre Kollegen das denn eigentlich alles nicht - oder viele von denen zumindest nicht? Was sind die wichtigsten Hürden, die dem unternehmerischen Engagement im Wege stehen?

**Michael Otto:**

Ich muss fairerweise sagen, dass immer mehr Unternehmen sich damit beschäftigen. Ich kann mich noch erinnern, in den 80er Jahren, da wurde ich von manchen belächelt und etwas als Exot angesehen, dass ich mich nun um die Umwelt kümmere, das sei ja zusätzliche Arbeit und Kosten. Aber ich habe den Eindruck, inzwischen wird das wirklich in der Breite von den Unternehmen, von den Managern erkannt, wie wichtig das Thema ist. Sicher, von einigen vielleicht nur aus Image-Gründen, aber von sehr vielen, weil sie diese Themen auch wirklich ernst nehmen. Und ich glaube, hier hat ein zusätzlicher Druck vom Finanzmarkt geholfen, weil nämlich nachhaltiges Wirtschaften auch ein Kriterium für den Finanzmarkt ist. Ich denke hier an den Dow Jones Sustainability Index, an dem sich heute auch große Pensionsfonds ausrichten, wenn sie entsprechend investieren. Ich denke aber auch an die Rating-Agenturen, wo das Thema Nachhaltigkeit auch eine größere Rolle spielt. Nicht, weil diese so umweltfreundlich sind, sondern, weil sie sagen, wer nicht nachhaltig handelt, der hat ein erhöhtes Risiko, dass er irgendwann einmal an die Wand gestellt wird, weil er sich feilverhält. Das ist natürlich auch ein Hebel gewesen, der Druck ausgeübt hat. Warum es viele noch nicht intensiv genug tun, das lässt sich vielleicht dadurch erklären, dass den Menschen - das gilt auch für Unternehmen - ein unwahrscheinliches Beharrungsvermögen innewohnt. Denn es ist schon ein gewaltiger Umstrukturierungsprozess, wenn man die gesamte Prozesskette ändern muss. Ich erinnere mich an die Schwierigkeit, damals die ersten Lieferanten zu finden, die bereit waren, im Färbeprozess biologisch abbaubare Farben zu nutzen oder die Ausrüstung nicht mit Formaldehyd vorzunehmen oder mit Chlorbleiche; man muss dafür erst einmal die Unternehmen finden und auch die müssen es erst einmal umsetzen. Es ist mühselig, es macht richtig Arbeit! Und wenn die Prozesse bisher alle so wunderbar laufen, dann alles umzustellen, das fällt vielen schwer. Es muss gar nicht unbedingt sein, dass es teurer ist - es kann häufig sogar am Schluss preiswerter sein. Wenn ich an Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung denke, ist es häufig sogar kosteneinsparend. Aber es muss eben in vielen Fällen umfangreich umgestellt werden, das ist, glaube ich, etwas, was für viele ein Problem ist.

**Rupprecht Podszun:**

Wenden wir uns einer Person zu, die bei diesen Prozessen vielleicht etwas auf die Sprünge hilft. Eine Theodor Heuss Medaille erhält in diesem Jahr die NGO Oxfam Deutschland, und ihr Geschäftsführer ist seit 2007 Paul Bendix, er war ab dem Jahr 2000 Geschäftsführer der Oxfam-Shops. Die Oxfam-Shops sind das Kernstück dieser NGO, wenn ich das richtig verstanden habe. Sie können in Stuttgart in der Langen Straße, fünf Minuten von hier, gleich mal in der Kaffeepause einkaufen gehen - es sei denn, der Shop ist heute zu aus Feier des Tages. Oxfam verkauft in diesen Shops Second-hand-Waren und die Einnahmen gehen dann in verschiedene Projekte, vor allem in die Not- und Entwicklungshilfe, aber verstärkt auch in die Lobby-Arbeit, etwa zu den Millenniums-Zielen. Oxfam wurde 1942 gegründet, der Name kommt vom Oxford Committee for Famine Relief, und Herr Bendix ist jemand, der sehr gut da hinpasst - nicht nur, weil er dieser Organisation nun schon seit zehn Jahren verbunden ist, sondern weil er auch davor bereits ein echter Entwicklungsexperte war. Er hat Wirtschaftsingenieurwesen in Berlin studiert und war dann als Manager in verschiedenen Entwicklungszusammenarbeitsstationen. Zum einen beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und beim Deutschen Entwicklungsdienst, zwischendurch aber auch bei der Schering AG für vier Jahre. Er kennt also auch die unternehmerische Seite. Er war dann Regionaldirektor in Lesotho und Südafrika, also eine Art global player, so wie es Oxfam ist, auch wenn die Einnahmen von Oxfam - ich glaube 3,7 Mio. Euro im Jahre 2008 - noch nicht ganz die des Otto Konzerns erreichen. Aber dafür bringt Oxfam immer mal wieder solche Konzerne - Otto wahrscheinlich nicht, aber andere - in

Bedrängnis. Das letzte, was Sie vielleicht in der Tagespresse gelesen haben, war die Kritik an der Metro-Gruppe für die Behandlung von Arbeitern in Produktionsstätten. Ein weiteres aktuelles Projekt ist die Robin-Hood-Steuer, da geht es um die Besteuerung von Finanztransaktionen, oder im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft die Kampagne „One Goal“, wo es um Bildungschancen für Kinder in der Dritten Welt geht, konkret um die Einschulung der Kinder. Über diese Projekte und vieles mehr wird uns Paul Bendix jetzt mehr sagen können.

## **Impulsreferat Zivilgesellschaft**

### **Paul Bendix**

Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V.

Vielen Dank. Oxfam Deutschland ist ein kleiner Teil eines sehr, sehr großen und ziemlich einflussreichen Entwicklungsnetzwerks, nämlich Oxfam International. Herr Otto, von der Größenordnung her kommen wir als Oxfam Deutschland nicht an Sie heran, aber wir wachsen schneller als Sie. Oxfam International hat ein kombiniertes Budget von ungefähr 1 Mrd. US-Dollar im Jahr. Das ist für die Zivilgesellschaft schon relativ stark. Wenn ich hier für die Zivilgesellschaft spreche, bin ich überhaupt nicht legitimiert durch andere Teile dieser Gesellschaft. Wir sind eine Entwicklungsorganisation. Es gibt die Menschenrechtsorganisation Amnesty, es gibt Greenpeace, das ist bereits erwähnt worden, es gibt Transparency, und wir sind in sehr engem Kontakt mit diesen ganzen Organisationen, die uns nahe stehen, aber andere Ziele haben. Unser Ziel ist es, Armut abzubauen, Armutsbekämpfung. Und das machen wir, anders als manch andere, von der Basis her, denn wir sagen, es gibt Menschenrechte, die nicht zu diskutieren sind. Das sind aus unserer Sicht das Recht auf Existenz, auf eine nachhaltige Existenzgrundlage, zweitens das Recht auf Sozialdienste, Bildung und Gesundheit, drittens das Recht auf ein Leben in Sicherheit, Schutz vor Gewalt, Recht auf Hilfe, viertens, ich fasse es mal zusammen, ein Recht auf Partizipation, demokratische Mitwirkung, und schließlich das Recht auf Gleichberechtigung insbesondere für Frauen, „gender“ nennen wir das, sowie - auch nicht zu vergessen - ein Recht auf diversity, also auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, ganz egal in welche Richtung diese Persönlichkeit sich entfalten möchte. Diesen Rechten, die ich gerade genannt habe, wollen wir zum Durchbruch verhelfen. Wir sagen nicht: Gebt uns Almosen. Wir sagen, es ist auf dieser Welt eine obszöne soziale Ungerechtigkeit vorhanden - 1 Mrd. Menschen hungern heutzutage, das ist ein Sechstel der Menschheit. Es sind übrigens 100 Mio. mehr geworden in den letzten anderthalb Jahren. Es herrscht eine wirklich schlimme soziale Ungerechtigkeit und unser Ziel ist soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage dieser eben genannten Rechte.

Wie machen wir das? Frau Schwan, ich finde Ihre antagonistische Kooperation sehr schön, das ist genau das, was wir machen. Wir, als Oxfam Deutschland oder Oxfam International oder noch der größere Rahmen, die Zivilgesellschaft, engagieren uns auf all diesen Ebenen, die Sie gerade erwähnt haben, global, international, national und lokal, mit Regierungen und mit Unternehmen. Und warum mit Regierungen und mit Unternehmen? Auch das ist bereits erwähnt worden: Von den 100 größten wirtschaftlichen Entitäten dieser Welt sind 50 Unternehmen, nicht etwa Staaten. Das heißt also, die Welt hat sich sehr geändert seit dem Namensgeber des Preises, und wir sehen unsere Aufgabe darin, in der Auseinandersetzung und gleichzeitig in der Zusammenarbeit mit Regierungen und Unternehmen, dieser Gerechtigkeit voranzuhelfen. Beispiele sind genannt worden. Die Metro-Studie ist aktuell, die kann ich nochmals erwähnen. Wir haben in Indien eine Untersuchung durchführen lassen durch ein indisches Forschungsunternehmen und haben den Maßstab, den Metro in ihrer sozialen Unternehmensverantwortung selbst setzt, zu Grunde gelegt, haben also gefragt: Wie ist es denn in der Realität, und haben festgestellt, Metro macht vieles sehr gut - das will ich als erstes sagen -, aber eben nicht alles. Wir haben auch Trübes feststellen können: Nichtachtung von Gewerkschaftsrechten, sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz, Diskriminierung von Frauen ohnehin, unendliche Überstunden, die nicht bezahlt werden, die nicht ausgeglichen werden. Mit all diesen Dingen haben wir Metro konfrontiert. Vorgestern öffentlich, aber durchaus vorher auch direkt. Sie wurden vorab informiert über das, was wir da in die Öffentlichkeit bringen, und wir stehen jetzt in

einem Diskussionsprozess mit Metro. Das ist die Art, wie wir arbeiten. Wir sind natürlich auch vorher mit Metro im Gespräch gewesen, aber unsere Macht ist ja nicht das Geld oder eine demokratische Legitimation, sondern unsere Macht ist die Öffentlichkeit, die wir mobilisieren können. Und wenn wir gut recherchieren und das Vertrauen, was wir haben, nicht missbrauchen, sauber arbeiten und klug an die Öffentlichkeit gehen, dann haben wir auch Wirkung und das wiederum motiviert uns, weiterzumachen. Es ist nämlich eine durchaus nicht ganz einfache Arbeit, die wir durchführen.

Ein weiteres Beispiel: die Robin-Hood-Steuer. Wir haben uns global auch sehr stark mit Starbucks auseinandergesetzt, das ist vielleicht noch ein interessantes anderes Beispiel. Auch hier wieder diese antagonistische Kooperation: Wir arbeiten mit Starbucks zusammen, gleichzeitig haben wir mit großem Schrecken festgestellt, dass Starbucks verhindern wollte, dass äthiopischer Kaffee unter dem Namen der Region, in der er angebaut wurde, vermarktet werden durfte. Das heißt also, die Kaffeebauern durften noch nicht einmal ihr ureigenes Recht, ihre Region zu nennen, verwenden, um ihren Kaffee zu vermarkten, und da haben wir eine ziemlich erfolgreiche öffentliche Aktion gemacht und haben Starbucks dazu gebracht, dass sie einen Schritt zurückgegangen sind und das akzeptiert haben, und auch das war motivierend.

Abschließend will ich sagen: Herr Otto, wenn alle Unternehmen so wären wie Ihr Unternehmen, dann wären wir ja auf einem guten Weg. Das Problem ist, dass wir feststellen, dass es eben nicht so ist, und deswegen sind wir anderer Meinung als viele, mit denen wir in der Wirtschaft sprechen. Wir sind der Meinung, dass es eben nicht ausreicht, freiwillig soziale Unternehmensverantwortung zu üben, sondern wir sind dezidiert der Ansicht, dass es Regelungen, staatliche Regelungen geben muss, internationale, globale Regelungen, die die Unternehmen dazu bringen, das zu tun, was viele schon freiwillig tun, aber wo sich viele noch drücken und sich vielleicht auf Ihren Lorbeeren ausruhen.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank, Herr Bendix. Es ist ja das Schöne an der Theodor Heuss Stiftung – für diejenigen, die das erste Mal dabei sind –, dass wir immer Leute auf dem Podium versammeln, die etwas Gemeinsames, aber auch etwas Trennendes haben. Wir wollen auf beides eingehen.

Antagonistische Kooperation, Sie haben das Stichwort ja aufgegriffen – sind die NGOs heute für die Weltgesellschaft das, was die Gewerkschaften in der Bundesrepublik der 50er, 60er, 70er Jahren waren?

**Paul Bendix:**

Ich glaube, sie sind viel, viel weniger einflussreich als die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu Zeiten der sozialen Marktwirtschaft. Nein, das nicht, im Gegenteil, wir arbeiten mit den Gewerkschaften zusammen, wir sehen sie eigentlich partiell als Teil der Zivilgesellschaft, und wir fordern Gewerkschaftsrechte in den Lieferfirmen von deutschen Handelsunternehmen, weil das aus unserer Sicht die beste Gewähr dafür ist, dass die Rechte der Beschäftigten auch in armen Ländern verwirklicht werden.

**Rupprecht Podszun:**

Wir wollen uns ja dem Thema „Good Global Governance“ nähern und ich möchte drei Stichworte aufgreifen, die Sie, Frau Schwan, auch schon in die Runde geworfen haben. Zum einen: Was ist überhaupt der Inhalt einer „Good Governance“, was wollen wir überhaupt erreichen? Ich glaube, da können wir vordergründig schneller Einigkeit erzielen, als uns lieb ist. Und dann geht es um die Form, Sie haben es vorhin schon angesprochen, Herr Bendix, Sie wollen eher rechtliche Regelungen, Herr Otto setzt vielleicht eher auf Selbstverpflichtungen. Und dann geht es natürlich um die Akteure und wie diese zusammenwirken können. Und weil wir hier bei der Heuss Stiftung sind, geht es natürlich auch um die Frage, wie diese einzelnen Akteure legitimiert sind, Stichwort Demokratie. Ist der Global Compact, den Sie erwähnt haben – das ist ein UNO-Vorschlag, bei dem es um zehn Grundprinzipien geht, die vielleicht als Maßstab für eine Good Governance gelten können –, ist das etwas, wo Sie sagen würden, wenn jeder sich an diese zehn Gebote hielte, wäre viel erreicht? Sollten wir darauf hinarbeiten oder worauf arbeiten wir überhaupt hin? Wo wollen wir ankommen? Sie sagen: soziale

Gerechtigkeit, Sie haben den Umweltschutz erwähnt – also müssen wir wirklich das ganze große big picture machen mit allem, was uns Gutmenschen wert und heilig ist?

**Paul Bendix:**

Global Compact ist eine wunderbare Sache, sehr erfolgreich, insbesondere deswegen, weil er auch begonnen hat, Mitglieder auszuschließen, die sich nicht an diese Kriterien halten. Das hat uns sehr gefreut, aber - auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen -, es reicht nicht aus, wenn die Guten im Global Compact arbeiten und im Hintergrund alle anderen das machen, was wir sehr kritisch sehen. Vielleicht noch einmal zur Ergänzung: Wir sagen, es ist im Grunde genommen ein Doppelspiel in vielen Firmen. Die haben wunderbare Standards, nach denen sie sich richten sollen, eine total gute Corporate Social Responsibility-Abteilung mit bestbezahlten Leuten, teilweise aus den NGOs rekrutiert. Die kennen wir alle, die sind wirklich gut. Aber parallel dazu wird der Druck auf die Einkäufer aufrechterhalten. Das heißt, mit der linken Hand sagt man, die Lebensbedingungen der Beschäftigten in den armen Ländern sollen verbessert werden, und mit der rechten Hand zwingt man die dort arbeitenden Lieferanten, noch mehr Stunden herauszuquetschen. Und diese Diskrepanz, die wollen wir offenbaren und durch Öffentlichkeit dagegen anarbeiten.

**Michael Otto:**

Es ist in der Tat so, dass ich zumindest primär erst einmal immer auf Freiwilligkeit, auf Selbstverpflichtung setze, weil ich meine, vieles kann man dadurch bewegen, vieles kann man schneller erreichen und so etwas kann Vorbildcharakter haben. Und wenn man dadurch die Ziele erreicht, ist das allemal immer der beste Weg. Allerdings muss man sehen, dass man natürlich nicht immer auf solchem Wege das Ziel erreicht, und da bin ich voll bei Ihnen, da bin ich auch der Meinung, dann brauchen wir Regelungen, wenn wir es auf freiwilliger Basis nicht schaffen. Dass immer einzelne Außenseiter nicht mitmachen, das wäre nicht das Schlimmste, aber wenn große Teile der Unternehmerschaft oder der Finanzwirtschaft oder um welches Segment es sich gerade dreht, wenn die nicht mitmachen, dann brauchen wir Regelungen und das gilt meines Erachtens im Augenblick besonders für die Finanzwirtschaft.

Hier haben wir gesehen, dass sich die Finanzwirtschaft in der Mehrheit einfach nicht an bestimmte Grundsätze hält und da brauchen wir ein internationales Regelwerk, das sehr klar die Grenzen aufzeigt und das entsprechende Kontrollinstanzen hat. Es kann nicht sein, dass sich die Controller selbst kontrollieren. Wenn ich daran denke, dass die Rating-Agenturen eigene Produkte entwickeln, die sie selbst mit Triple A raten, das darf es einfach nicht geben. Wir brauchen ein internationales Regelwerk und im Zweifel auch einen TÜV für Finanzprodukte. Wir brauchen Regeln über Gesetze, über internationale Vereinbarungen, weil das anders leider nicht funktioniert.

**Rupprecht Podszun:**

Vielleicht sind wir bei Gesetzen und internationalen Vereinbarungen schon bei einem ganz zentralen Punkt. Wen würden Sie denn an einen Tisch holen, um etwas zu erreichen? Also die Bundesregierung scheint ein bisschen machtlos, der Bundestag hat ohnehin kaum noch Mitspracherechte, aber auf internationaler Ebene - Stichwort Klimagipfel - geht ja auch relativ wenig voran. Also wo muss man ansetzen? Wo kriegen wir die Leute zusammen?

**Helmut Haussmann, Bundeswirtschaftsminister a.D.; Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:**

Warum hat das Parlament gar keine Rechte mehr?

**Rupprecht Podszun:**

Vielleicht nimmt das Parlament die Rechte nicht wahr?

**Lothar Späth, Ministerpräsident a.D.; Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung:**

Ich bin verwirrt. Sie sagen, den Bundestag kann man weglassen!

**Rupprecht Podszun:**

Nein! Formulieren wir es mal so: Herr Späth und Herr Haussmann glauben an das Parlament, manch ein anderer hat den Glauben an die Entscheidungskraft der Parlamente verloren.

Also wen würden Sie ansprechen, wer muss die Initiativen ergreifen?

**Michael Otto:**

Die Frage: Wie bekommen wir ein Regelwerk, so wie Herr Bendix es auch gesagt hat, zustande, ein internationales Regelwerk? Ich glaube, man muss bei der Bundesregierung anfangen, denn letzten Endes muss die initiativ werden und hoffentlich in der EU die anderen überzeugen, so dass wir über die EU einen größeren Kreis haben. Dann sollte man die Amerikaner und die BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China –, eben schrittweise die bedeutendsten Staaten hinzuziehen, um ein globales Regelwerk zu erreichen. Zum Schluss ist nicht entscheidend, ob in Botswana auch vom finanziellen Regelwerk her alles geordnet ist, sondern es müssen erst einmal die wichtigsten Industriestaaten, die großen Schwellenländer in das Regelwerk hinein, so dass man dort auch über Sanktionen Einfluss nehmen kann. Und dann, davon bin ich überzeugt, werden sich viele andere auch freiwillig anschließen.

**Rupprecht Podszun:**

Herr Bendix, wen sprechen Sie an?

**Paul Bendix:**

Ich würde sagen, das kommt sehr darauf an, um was es geht. Wir haben die Vereinten Nationen, wir sind natürlich alle sehr enttäuscht, was da in Kopenhagen passiert ist, aber für bestimmte Dinge gibt es halt nichts anderes. Wir haben auch tolle Erfolge. Die Vereinten Nationen haben den ATT – Arms Trade Treaty, ein Regelwerk zum Handel mit Waffen - verabschiedet. Eine tolle Sache, 170 Staaten oder mehr haben sich zu etwas bekannt, für das wir - und andere mit uns gemeinsam - mehr als zehn Jahre gekämpft haben. Das ist natürlich auch verbindlich für alle Staaten. Und ich bin etwas anderer Meinung als Sie, Herr Otto. Für Botswana – klar, manche Dinge sind für Botswana nicht so wichtig, aber zum Beispiel beim Klima, da kommt es gerade darauf an, dass bestimmte Staaten, sehr kleine Staaten, sehr unbedeutende Staaten, ein überproportionales Gewicht haben, weil sie nämlich die ersten sind, die einen Meter unter Wasser sein werden, wenn das, was zur Zeit global passiert, nicht gestoppt wird.

Deswegen wäre meine Antwort, wen ich ansprechen würde: Es kommt wirklich darauf an, ob das G8 oder G20 oder G8+5 oder die Vereinten Nationen oder auch die Bundesrepublik Deutschland ist – es gibt bestimmte Dinge, die können wir selbst machen.

**Michael Otto:**

Ich möchte noch ergänzen, dass ich die Finanzwirtschaft gemeint hatte, und da ist Botswana sicherlich nicht ein entscheidendes Land, denn das kann man über die großen Staaten regeln, auch was Kapitalflucht oder Produkte aus dem Ausland angeht. Umwelt oder Klima sind wieder ganz andere Themen. Deswegen kommt es sicherlich auf das Thema an. Was Klima anbetrifft, da ist natürlich ein Konzept ganz wichtig, das die Entwicklungsländer mit einbezieht.

**Diskussion****Rupprecht Podszun:**

Wir öffnen jetzt die Runde, wir haben ja schon gemerkt, das Publikum scharrt mit den Füßen. Herr Eigen, Herr Leibinger – wir fangen mit Ihnen an.

**Peter Eigen, Gründer Transparency International:**

Das ist ein sehr interessanter Punkt, die Frage freiwillige Selbstregulierung, Regelungen durch Staaten, die zum Teil kein Interesse haben, auch im internationalen Zusammenspiel kein Interesse

haben, bestimmte Regelungen umzusetzen. Und dann die Frage der verbindlichen Regeln, wie sie entstehen können. Ich habe da ein sehr, sehr gutes Beispiel und ich glaube, dafür bin ich von der Heuss Stiftung damals mit einer Medaille geehrt worden. Das Beispiel ist, dass wir mit einer freiwilligen Regelung angefangen haben, mit den großen Unternehmen in Deutschland zum Beispiel zusammengearbeitet haben, um die internationale Korruption zu verbieten. Damals hat die Regierung gesagt, wir können das unseren Exporteuren nicht verbieten, weil wir dann einen riesigen internationalen Wettbewerbsnachteil haben. Die Unternehmen selbst haben gesagt, wir können uns darauf nicht einlassen, weil wir uns praktisch den Ast absägen, auf dem wir unsere Geschäfte machen. Wir haben als Zivilgesellschaft das Gespräch gesucht und haben es nach einigen wichtigen Gesprächen zustande gebracht, dass große Unternehmen einschließlich Siemens, ABB, Daimler-Chrysler - ich glaube Ferrostaal war nicht dabei, aber andere -, an die Regierung geschrieben und von ihr den Versuch verlangt haben, bei der OECD ein freiwilliges System der Nicht-Korruption im internationalen Markt in ein verbindliches umzusetzen. Und da wurde in der Tat bei der OECD auf Grund dieses offenen Briefes, den diese Unternehmer damals an die Kohl-Regierung, an Herrn Rexrodt, geschrieben haben, eine Konvention abgeschlossen. Aus dieser Verpflichtung, zunächst einmal eine völkerrechtliche Verpflichtung, ist dann im Mai 1999 in Deutschland auch eine verbindliche, rechtliche Regelung geworden, indem die ausländische Korruption verboten worden ist.

In vielen Ländern wird es noch nicht umgesetzt. In Deutschland wird es umgesetzt, so dass wir stolz darauf sein können, dass im Augenblick etwa 110 Korruptionsfälle in Deutschland gerichtlich verfolgt werden, die früher abgesehen worden wären als etwas ganz Normales. In Großbritannien findet das beispielsweise noch nicht statt und deswegen gibt es in Großbritannien die Aktivität der Zivilgesellschaft, die dafür sorgen will, dass das, was inzwischen völkerrechtlich, aber auch in den Nationalstaaten verbindlich geworden ist, dass das doch endlich umgesetzt werden soll. Meine Antwort wäre also: Freiwillige Selbstregulierung ist in vielen Fällen das Einzige, was wir erreichen können. Dann den Druck der Zivilgesellschaft entwickeln, um unter Umständen dann entweder internationale, völkerrechtliche oder nationalstaatliche rechtliche Regelungen zu finden. Deswegen gehören nicht nur die Regierungen, nicht nur internationale Institutionen, sondern vor allen Dingen auch die Zivilgesellschaft an einen Tisch, die Zivilgesellschaft, die mobilisiert werden muss, weltweit, im Finanzsektor, im Umweltsektor, im Menschenrechtssektor, im Korruptionssektor.

#### **Berthold Leibinger:**

Herr Otto, ich habe Ihnen mit Aufmerksamkeit zugehört. Wir kennen uns lange und ich stimme mit Ihnen in vielem, in fast allem überein, aber ich habe eine Frage. Wenn Sie die Standards setzen - Sie haben zum Beispiel das Färben von Textilien erwähnt -, sind Sie denn immer sicher, dass die Forderungen, die Sie stellen, dass Ihre Kenntnis dessen, was gut sei, richtig ist? Woher kommt denn das Wissen, unser Wissen, dass wir auf der sicheren Seite sind? Die alte Frage, was ist Wahrheit, die muss man sich nach meiner Meinung doch gerade beim Setzen von Standards stellen.

Und die zweite Anmerkung, die ich machen will: Wir sind bei der Theodor Heuss Stiftung und liberale Gedanken sind ja zulässig, denke ich. Mir ist unbehaglich, Herr Bendix, bei der großen Forderung nach der vermehrten staatlichen Regelung unseres Tuns und Handelns. Wo bleiben denn in Ihrem Weltbild die Menschen und ihre Überzeugungen? Die sind nämlich das Entscheidende in meinen Augen. Und wenn ich an viele Staaten auf dieser Welt denke und an das Nichtvorhandensein eines Bundestags, von dem Sie, Herr Podszun, so geringschätzig reden, was ich für falsch halte, wenn ich an Staaten in Südamerika, in Afrika denke - dort soll staatliches Handeln und staatliche Vorschriften, die, Herr Otto, Sie wissen es genau, oft in brutaler Weise auf die Ausnützung der Ärmsten in ihren eigenen Ländern gerichtet sind, dort soll das helfen? Da habe ich großes Misstrauen.

#### **Karsten Gerloff, Präsident Free Software Foundation Europe e.V.:**

Ich will nur kurz anmerken: Herr Leibinger, was richtig ist, ist in der Tat eine Frage, die wir uns bei der Free Software Foundation Europe auch immer wieder stellen. Es geht um Software, das ist ein Feld, was sich sehr schnell entwickelt, wo sehr viel passiert, wo es sehr schwer ist, den Überblick zu

behalten. Insofern ist die Frage, die wir uns jeden Tag stellen: Was ist richtig, worauf wollen wir hinarbeiten? Und oft kommen wir zu der Antwort: Zumindest im Softwarebereich richtig ist, was letztendlich nicht nur effektiv funktioniert, sondern auch Wahlmöglichkeiten für die Nutzer eröffnet oder für diejenigen, die in diesen Prozess Software involviert sind, die letztendlich mit dem Produkt Software umgehen müssen.

Was die Rolle des Staates angeht: Ich bin hin und her gerissen zwischen den Positionen von Herrn Otto und Herrn Bendix. Mir gefällt die Idee der freiwilligen Selbstregulierung sehr gut und ich denke, wenn diese Selbstregulierung tatsächlich funktioniert, erreicht man damit sehr schnell sehr viel. Aber ich stimme Herrn Bendix auch zu, dass sie leider nicht immer funktioniert. Und ich denke, da kann es die Rolle des Staates sein, zum einen harte Standards zu setzen, zu sagen: bis hierhin und nicht weiter; so weit dürft ihr gehen, das sind die Regeln, nach denen gespielt wird. Aber der Staat kann auch Anreize setzen und sagen: Wer es so macht, ist erfolgreicher, wir schaffen die Bedingungen, dass diese Leute und Unternehmen, die sich an die gesellschaftlichen, an die staatlichen Regeln halten, erfolgreicher sind als die, die es nicht tun. Und hier hat die Zivilgesellschaft wiederum eine Rolle zu spielen. Wir – ich sage jetzt mal wir als Zivilgesellschaft; die FSFE ist nur *eine* Organisation, insofern maße ich mir keinen Vertretungsanspruch an –, versuchen in unseren Kampagnen teilweise auch, das Übertreten dieser Standards einfach zu teuer für die Unternehmen zu machen. Wir helfen ihnen gerne, auf den Weg, den wir für den richtigen halten, zu finden, aber wir haben auch keine Hemmungen, es zu sagen, wenn wir anderer Meinung sind als die betreffenden Unternehmen und das auch den Leuten mitzuteilen, die in diesem Bereich die Entscheidungen zu fällen haben.

### **Lothar Späth:**

Ich habe vorher den Ausdruck „ich sei verwirrt“ gebraucht. Wenn ich das jetzt weiterführe, dann ist ja zunächst einmal die Frage: Welchen Sinn hat ein Parlament? Und da kommen wir schon an Grundfragen des Legitimierens. Entweder ich verlasse mich auf ein demokratisches System und bejahe das grundsätzlich, dann kann ich an dem System auch ununterbrochen Kritik üben. Aber wenn ich sage, im einen Fall machen wir Kampagnen und in dem anderen nicht, dann habe ich schon zwei verschiedene Dinge. Ich bin immer froh, wenn die Kampagnen der Parteien zu Ende gehen und die Legislaturperiode beginnt, weil ich dann davon ausgehe, jetzt hören sie auf mit der Kampagne und fangen an nachzudenken. In der Demokratie habe ich zwar wenig Chancen, immer das Richtige zu treffen, aber ich habe wenigstens die Entschuldigung, dass der Bürger, der freie Bürger, Entscheidungen getroffen hat und die Verantwortung übernimmt für diese Entscheidungen und für das Vertrauen, das er jemandem gibt.

Ich möchte gerne wissen, woher das Recht kommt, nicht zu kritisieren. Ich habe auch nichts gegen Kampagnen, aber die legitimieren sich doch nicht dadurch, dass sie selber bestimmen, ob sie mit der Mehrheit der Bevölkerung etwa in einem Parlament einig sind oder nicht. Sonst müsste ich ja sagen: Wer kontrolliert die selbsternannten Kontrolleure? Das ist bei den großen Organisationen relativ gut aufgehoben, aber wenn ich mich an die aktuelle Situation in Griechenland erinnere .... Ich meine, Sie können die Griechen jetzt abstimmen lassen und sagen: Wir sind zu einem anderen Ergebnis gekommen, die Mehrheit ist mindestens dagegen, dass wir sparen. Und diese komischen Deutschen sollen sich nicht aufregen, sondern das Geld rüberschicken. Da wäre ich dann schon unsicher, wenn es da nicht handfeste Einrichtungen gibt, auch ein Parlament, das heute im Stundentakt seine Entscheidungen trifft, den Bundesrat dazuholt und dann seine Entscheidungen übermittelt, damit das morgen funktionieren kann. Aber zur Struktur des Staates, des Staatswesens: Da habe ich große Bedenken, ob Sie das aufrechterhalten können, wenn Sie dagegen ein System setzen und das Zivilgesellschaft nennen. Das andere ist ja kein militärisches System. Ich überlege mir immer, was der Hauptunterschied zwischen der Zivilgesellschaft und den gewählten Parlamenten und Regierungen sein soll. Da müssen Sie mir noch Gründlicheres sagen, damit Sie mich überzeugen, dass da einige Lichtgestalten sind, die ihre Anhänger einsammeln - und das halte ich für richtig. Das sind aber Interessenverbände und - das wollen wir nicht übersehen - das können Interessenverbände für etwas ganz Gutes sein.

Da komme ich dann wieder zu dem, was mir an der Argumentation von Herrn Otto gefallen hat, dass er ja eigentlich eine Entscheidung gegen sich trifft. Er sagt: Ich unterwerfe mich dem, auch ich trage die Folgen. Das ist für ein Familienunternehmen eine tolle Geschichte und deshalb kommen die besten Beispiele auch immer aus solchen Selbstverpflichtungen. Nur wenn die anderen beschließen, dass sie sich der Sache vor allem dadurch verbunden fühlen, dass sie nicht davon betroffen sind, dann will ich ganz schnell, dass die in Botswana andere Sorgen haben als die in den modernen, zivilisierten Staaten. Sehr interessant fand ich das Thema der inneren und äußeren Legitimation. Was ist die nichtparlamentarische oder dem Grundgesetz und den Verfassungen entsprechende Struktur, die Sie ablehnen können mit der Begründung, die ist zwar äußerlich legitimiert, aber nicht innerlich? Da gibt es für viele Leute viel Raum, der vielleicht sogar den guten Wert der organisierten Non-Government-Institutions in Gefahr bringt.

**Thomas Hertfelder**, Geschäftsführer Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus; Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:

Ich habe eine Frage an Herrn Otto. Herr Otto, ich habe Ihrem Bericht sehr fasziniert zugehört, wie Sie seit Mitte der 80er Jahre ökologische und soziale Standards in Ihrem Unternehmen durchgesetzt haben und dadurch zum Vorbild geworden sind für viele andere. Sie haben sozusagen Corporate Social Responsibility geübt, bevor es diesen Begriff in aller Munde gab. Das finde ich sehr faszinierend und aner kennenswert.

Nun frage ich mich: Sie sind Unternehmer, Sie bewegen sich in einem ökonomischen Kontext und Ökonomie ist ja nicht per se eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Da gibt es eine Logik der Kapitalverwertung - um diesen Begriff aus dem Marxismus mal heranzuziehen -, und das Ziel eines Unternehmens besteht ja darin, Produktivität zu steigern, mehr Wert zu schöpfen, Profit zu erzielen. Das ist ja auch von vornherein nichts Schlimmes, nur besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den ethischen und ökologischen Zielen, die Sie in Ihrem Unternehmen durchgesetzt haben, und sozusagen den rein binnenökonomischen Imperativen - eben sich auf dem Markt zu behaupten, wettbewerbsfähig zu bleiben, höhere Renditen und Profite zu erzielen. Das gilt a fortiori, muss man sagen, in einem Zeitalter des Shareholder Value, wo die kurzfristige Rendite eine ganz große Rolle spielt. Nun frage ich mich: Wie haben Sie das geschafft, innerhalb dieser ökonomischen Logik Ihre ethischen und ökologischen Ziele durchzusetzen, ohne dass Ihr Unternehmen im Wettbewerb ins Hintertreffen geraten ist? Denn wenn ich heute einem Unternehmer erzähle, er soll ökologische und ethische Standards setzen, die über das gesetzlich vorgeschriebene hinausgehen, höre ich in aller Regel im Grunde zwei Begriffe. Erstens Wettbewerb und zweitens Globalisierung und damit ist drittens die Debatte auch sofort beendet. Also das ist ein Totschlagargument heutzutage. Deshalb meine Frage, wie haben Sie das hingekriegt? War Ihr Unternehmen bereits so gut aufgestellt, dass Sie sich das leisten konnten?

**Michael Klett**, Aufsichtsratsvorsitzender Ernst Klett AG; Vorstand der Theodor Heuss Stiftung:

Ich möchte noch eine Ergänzung beisteuern zur Frage: Regulierung oder Selbstverpflichtung. Es ist fast alles gesagt worden, aber es gibt einen Aspekt, der mich als Unternehmer doch etwas piesackt, und das ist, dass oft sehr leicht gesagt wird: Wir brauchen jetzt Regulierungen. Sie sind auch leicht herzustellen im demokratischen Prozess, das kann blitzschnell gehen. Irgendein Missstand taucht auf und sofort ist die Regulierung da und die Wirtschaft wird überschüttet mit solchen Regulierungen. Es reichen schon die nationalen Regulierungen, und wenn jetzt auf anderen Ebenen Regulierungen dazukommen, dann wird die Tendenz der Wirkungskräfte der Wirtschaft gegenüber so stark, dass die darunter zu leiden beginnt. Nationen, die solche Regulierungen nicht machen, aber im globalen Wettbewerbskontext tätig sind, werden eine überregulierte Nation oder eine überregulierte nationale oder europäische oder atlantische Wirtschaft wettbewerbslich über den Tisch ziehen.

Ich möchte ein Beispiel nennen, das mich zur Zeit wahnsinnig aufregt, das ist das neue Risikokontrollgesetz. Das heißt, dass sogar Eignerunternehmer von klein- und mittelständischer Sorte verpflichtet sind zu Risikokontrollmaßnahmen, die dazu führen, dass Personal eingestellt werden muss, und die mit Pönalen, die bis zu 1 Mio. für den Unternehmer - also für den Eigner oder die



Eignerfamilien – verbunden sein können. Das ist völlig unerträglich, das ist Mehltau eines Staatskapitalismus, der sich langsam durchsetzt. Das ist nur ein Beispiel, was auf nationaler Ebene alles passieren kann. Deswegen mein Plädoyer: Der Eingriff, der regulierende Eingriff sollte wirklich ultima ratio sein. Und das Anliegen von Ihnen, Herr Bendix, die Armut der Welt, die Armut von 1 Mrd. Menschen zu bekämpfen, das ist einfach ein unglaubliches Anliegen, und wenn da wirklich nichts anderes zu machen ist, dann ist das das Richtige, ja, aber die Leichtigkeit, mit der oft Regulierungen eingeführt werden, das darf nicht sein. Demgegenüber sind die Selbstheilungsentwicklungen, die durch Kartelle – ich nenne das mal Kartell, was Sie gemacht haben, aber es ist ein positives Kartell – das sind Maßnahmen, die verfeinern die Wirkungskraft, die Wirkungsstärke der Zivilgesellschaft. Das sind Dinge, die sich in ihrer Wirkung verstärken. Die Phantasie wird angeregt, in dieser positiv-humanitären Richtung Tricks zu finden, Wege zu finden zu einer Wirkungsverbesserung. Wenn reguliert wird, dann hört man auf zu denken, dann will man das nicht mehr machen, dann wird einem ja alles vorgelegt. Zu dieser Spannung wollte ich auf jeden Fall einen Aspekt beitragen. Wir brauchen auf der einen Seite die Wirtschaftskraft im globalen Kontext und wir brauchen auf der anderen Seite die selbstwirkenden Maßnahmen und Fantasien, die Sie, Herr Otto, zum Beispiel aufgezeigt haben.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank für Ihre Meldungen. Das war viel Stoff, zu dem wir unseren beiden Diskutanten die Chance geben sollten, etwas dazu zu sagen, damit wir dann noch mal ins Publikum gehen können.

**Michael Otto:**

Zunächst zur ersten Frage oder Anmerkung von Herrn Leibinger, nämlich, wenn man Standards setzt, wie kann man das wissen, dass das die richtigen Standards sind, wie hat man die Wahrheit dort gefunden?

**Lothar Späth:**

Und wie lange dauert sie, die Wahrheit?

**Michael Otto:**

... und wie lange dauert sie, die Wahrheit, darauf komme ich auch gleich noch zu sprechen.

Die Standards setzen wir nicht aus unserer Gruppe heraus, indem wir uns Gedanken machen und sagen, so soll es sein, sondern hier haben wir natürlich eine sehr intensive Erarbeitung gemeinsam mit Universitäten, mit Hochschulen, mit Instituten vorgenommen, um zu sehen, wie eine solche Prozesskette überhaupt aussieht. Wir haben gestaunt! Ich dachte, man wüsste schon, welche Umweltauswirkungen, sagen wir mal, die Produktion eines T-Shirts hat. Das war überhaupt nicht bekannt. Wir haben dann gemeinsam mit Hochschulen erst einmal analysiert, wie die Auswirkungen sind, also von der Baumwolle bis zum fertigen Produkt und haben uns dann in jeder Stufe von Experten beraten lassen, welche Alternativen gibt es und ist das machbar, und wir haben natürlich auch die betroffenen Unternehmen der einzelnen Stufen hinzugezogen, um auch Fach-Knowhow zu bekommen.

Wir haben es also nicht einfach so aus dem hohlen Bauch heraus gemacht, sondern schon sehr stark mittels Expertise definiert. Da konnte man sehen, dass man schwermetallhaltige Farben durch biologisch abbaubare Farben ersetzen kann, dass man beispielsweise Ausrüstungen statt mit Formaldehyd – das dient dazu, dass ein Produkt geringere Einlaufwerte hat – dass man das auch mit einem natürlichen Schrumpfprozess machen kann. Da gibt es Schrumpfmachines, in denen man das Material kocht, so dass es einläuft und dann später nicht mehr einläuft. Das heißt, wir haben uns hier in jeder Stufe sehr genau angeschaut, ob es Alternativen gibt. Da waren natürlich einige Maßnahmen, die erst einmal etwas teurer waren, die aber dann, als es um große Mengen ging, auch auf normale Kostenniveaus kamen. Wir haben, glaube ich, schon Standards gesetzt, die sinnvoll und nachvollziehbar waren, die machbar waren. Eins ist allerdings wichtig, was Herr Späth gerade angeschnitten hat: Es kommen natürlich immer wieder neue Erkenntnisse hinzu und diese wird man auch immer wieder bearbeiten müssen. Wir wissen auch noch nicht, wie alle Stoffe wirken. Es gibt

Alternativen, von denen man glaubte, die sind - nach Expertenmeinungen - State of the Art, das ist die beste Alternative, und dann stellen wir fest, es gibt eine noch bessere. Das ist ein permanenter Prozess, der hört nie auf. Nur, wenn man nicht anfängt, Standards zu setzen und nicht anfängt, zu handeln, weil man immer noch auf etwas Besseres wartet, dann kommt man nie zum Handeln. Das war unser Maßstab.

Die Frage nach den Menschen im Prozess und damit auch nach der Selbstverpflichtung der Menschen im Vergleich zu Gesetzen: Das, meine ich, ist ein ganz, ganz wichtiger Bestandteil. Denn ohne diese Selbstverpflichtung funktionieren letzten Endes auch Gesetze kaum. Vielleicht noch in einigen wenigen Ländern, aber in der Regel nicht. Fast alle Länder der Welt haben sich den ILO-Vorschriften, den International Labour Organization-Vorschriften, angeschlossen - aber in den meisten Ländern werden sie gar nicht praktiziert. Indien zum Beispiel hat eines der ausführlichsten Gesetze gegen Kinderarbeit und trotzdem ist in Indien die Kinderarbeit am stärksten verbreitet. Es wird nicht verfolgt, es wird nicht sanktioniert. Das heißt: Gesetze alleine bringen es natürlich nicht, sondern wir brauchen zum Schluss auch die Selbstverpflichtung, das Engagement der Menschen, das finde ich ganz entscheidend.

Zuletzt zur Frage: Wie stehen Engagement zu Umwelt- und Sozialstandards im Verhältnis zur Gewinnerzielung. Hier möchte ich ganz klar sagen: Umweltverbesserung muss keineswegs teuer sein. Es gibt viele win-win-Situationen. Wenn ich zum Beispiel meine ganzen Transporte überarbeite und schaue, dass ich über Veränderungen die Beschaffungsprozesse von der Luftfracht stärker auf Seefracht verlagere oder bei der Zustellung über unseren Paketdienst eine tägliche Tourenoptimierung vornehme, um dann die besten, kürzesten Strecken zu haben, dann spare ich Kosten und CO<sub>2</sub> ein. Das ist eine win-win-Situation. Dann gibt es die Konstellation, wo es kostenneutral ist und das ist natürlich allemal sinnvoll. Ich denke hier zum Beispiel auch an Sozialstandards. Wir stellen fest, gerade in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, dass die Unternehmen, die die Sozialstandards am besten einhalten, auch die Unternehmen sind, die in der Regel die beste Qualität liefern, deswegen aber keineswegs teurer sind, weil sie sehr gut organisiert sind. Das heißt, dass die Unternehmen, die Regeln erfüllen, trotzdem nicht teurer sein müssen, weil sie effizient arbeiten. Dann gibt es allerdings auch Situationen, wo man sagt, die Maßnahmen kostet erst einmal etwas, da haben wir im Augenblick noch keine finanziellen Vorteile, sondern müssen investieren. Aber auch da bin ich überzeugt, dass es sich mittel- und langfristig auszahlt. Als wir anfangen mit den ersten Textiloptimierungen waren die Alternativen häufig teurer, aber da muss man dann durchhalten bis man auf die Losgrößen und auf die alten Preise kommt. Es ist also nur für eine bestimmte Übergangszeit und dann kostet es nicht mehr zusätzlich. Oder man hat dann indirekte Auswirkungen durch eine positive Kundenbewertung; auch Begeisterung bei den Mitarbeitern, was zwar nicht sofort messbar, aber mittel- und langfristig doch sehr wichtig ist.

#### **Paul Bendix:**

Das ist nicht überraschend, dass wir über Regulierung und Freiwilligkeit sprechen, dazu sind wir ja hier und das sollte auch so sein. Die Antwort auf die Frage, wo bleiben die Menschen, da kann ich gar nichts hinzufügen. Die Menschen stehen ohnehin im Mittelpunkt der Überlegung. Kein Mitglied der Zivilgesellschaft reguliert um der Regulierung willen, sondern natürlich ist das erste Ziel, dass freiwillig etwas gemacht wird. Aber auch in der BRD, in unserem wunderbar entwickelten Staat, gibt es so viele Dinge, die nur durch Regulierungen gemacht werden können. Stellen Sie sich vor, wenn es keine Umweltschutzregelungen für Produktion in der BRD gäbe, wie manche Fabriken aussehen würden - und ich kenne einige Fabriken sehr genau. Es ist unglaublich, wie durch die Regulierung ein Standard entstanden ist, der trotzdem die Produkte der Bundesrepublik keineswegs konkurrenzunfähig macht auf dem Weltmarkt.

#### **Lothar Späth:**

Das Problem liegt darin, dass keine Standards verbindlich sind, jederzeit vom Gesetzgeber verändert werden können. Die Frage ist, wie entstehen Standards? Und da gab es eine große Diskussion und Widerstand. Wer definiert Standards?

**Paul Bendix:**

Die Frage hatte ich nicht angeschnitten, aber vielleicht sage ich auch gerade dazu was. Ich will ja nur, dass ich nicht missverstanden werde, indem ich den Versuch vertrete, wenn freiwillige Aktivitäten zum Ziel führen - na wunderbar. Wer will denn Bürokratie? Aber wenn das nicht geschieht - und es geschieht in vielen Fällen nicht, ich möchte das wiederholen -, dann fordern wir staatliche oder sogar überstaatliche oder sonstige Aktivitäten. Das ist dann Regulierung und das muss nicht unbedingt in Bürokratie ausarten, das ist gar nicht der Fall.

Zur Legitimität - jetzt wage ich mich etwas aus der Zivilgesellschaft heraus: Wenn ich sehe, wie hilflos unser Parlament in Deutschland, unsere Bundesregierung auf die Finanzkrise reagiert hat, wenn ich höre, dass die Bundeskanzlerin sagt, es gibt keine Alternative zu einer Situation, an der ganz andere gestrickt haben, die die Verantwortung nicht tragen und noch viel weniger legitimiert sind, dann kann man sich schon fragen, ob da nicht irgendwo ein Problem ist. Was ja nicht heißt, dass man den Bundestag als irrelevant bezeichnet, also das sind ja eher Fragezeichen. Und was unsere eigene Legitimation angeht, da haben wir immer offen gesagt: Wir sind natürlich nicht demokratisch legitimiert im Sinne von gewählt, aber Oxfam hat schätzungsweise etwa 1 Mio. Spender, etwa 10 Mio. Unterstützer, Aktivisten, die in vielen Ländern der Welt unsere Anliegen verfolgen. Das ist auch eine Form von Legitimation. Und das Vertrauen, das die Zivilgesellschaft hat, das ist ganz, ganz schnell zerstört. Wir werden ja auch sehr kritisch beäugt, nicht nur von den Medien, auch von anderen, mit denen wir uns auseinandersetzen, und wir sind sehr, sehr vorsichtig, dieses Vertrauen eben nicht hopsgehen zu lassen.

**Rupprecht Podszun:**

Vielleicht können wir diesen letzten Punkt noch einmal kurz aufgreifen und damit auch auf einen Kern kommen, der die Heuss Stiftung betrifft, nämlich die Frage des Engagements und der Verantwortung des Einzelnen. Das schwingt ja in Ihren Statements mit, Sie brauchen die Leute, die sich für Oxfam engagieren. Sie haben die Kunden oder die Unternehmer, die sich bestimmten Zielen verpflichten müssen und trotzdem hat man den Eindruck, es wird alles so wahnsinnig komplex. Als Einzelner bin ich möglicherweise überfordert. Zwischen dem Oxfam-Shop in Stuttgart und der globalen Kampagne, die Ihre Organisation fährt, ist eine riesige Distanz, bei Ihnen sind die Distanzen ebenso groß. Also wie fördern wir die Verantwortung des Einzelnen, was können wir beitragen, damit das Individuum wieder diese Verantwortung wahrnimmt und spürt? Und ist das vielleicht auch eine Frage - das nachgeschoben, weil es im Titel der Heuss Stiftung steht: Förderung der politischen Bildung und Kultur -, die auch etwas mit Bildung und Kultur zu tun hat? Haben wir vielleicht den Bereich der wirtschaftlichen Steuerung zu lange seitens derjenigen, die im Kulturgesehen tätig sind, alleine gelassen?

**Paul Bendix:**

Das kommt mir sehr gelegen, die Frage. Sie haben zu Anfang die Oxfam-Shops erwähnt. Die Oxfam-Shops sind der wichtigste Beitrag zu den Finanzen von Oxfam Deutschland. Ich will nur sagen, wir haben hier heute auch zwei Shop-Leiterinnen unter uns. Es gibt 35 Oxfam-Shops, in denen 2.200 ehrenamtliche Mitarbeiter arbeiten. Es wird niemand bezahlt, alle leisten diese Arbeit in ihrer Freizeit und jeder dieser 2.200 macht es, weil er den Dingen, für die wir uns einsetzen, bestimmten Wert zumisst. Und vielleicht anders ausgedrückt: Unsere Arbeit ist der Versuch, das Denken der Menschen, das Verhalten, die Einstellung, die Vorurteile zu verändern. Und es ist gar nicht so weit weg, ob wir bei den Vereinten Nationen, wo wir als Oxfam Beraterstatus haben, ein Statement abgeben oder jemand in einem Oxfam-Shop in Stuttgart seine Schicht macht mit dem gleichen Grundgedanken dahinter, dass es eben soziale Ungerechtigkeit gibt, die zu beseitigen ist und die heutzutage beseitigt werden kann. Ich finde, das ist gar nicht so weit auseinander.

**Michael Otto:**

Ich meine auch, letzten Endes kommt es auf das Engagement des einzelnen Menschen an und das sehe ich bei uns im Unternehmen, denn das, was ich hier vorgetragen habe, das ist natürlich keine

Aktion eines Einzelnen, sondern da helfen hunderte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihren verschiedenen Bereichen mit, damit das Ganze funktioniert. Da ist also Engagement und Überzeugung des Einzelnen. Die Frage ist, wie erreicht man das? Das kann man in einem Unternehmen erreichen durch Vorbildfunktion, durch Motivation, aber ich meine, entscheidend ist hier auch das Thema Bildung. Es beginnt schon in den Schulen. Wir haben gerade über meine Stiftung ein Projekt in Hamburg gestartet, das nennt sich „Aqua-Agenten“. Hier werden in den dritten und vierten Klassen die Schülerinnen und Schüler dazu gebracht, das Wasser zu entdecken. Da liefern wir Lehrmaterial, damit die Lehrer das entsprechend vorbereiten können, und dann gehen sie an verschiedene Stationen, machen Tagesausflüge zum Wasserwerk, um zu sehen, wie frisches Wasser gewonnen wird, zum Klärwerk - und das ist das große Erstaunen, wenn sie sehen, was da alles an Reststoffen drin ist und sie erzählen dann zu Hause ihren Eltern, sie sollen nichts mehr in die Toilette werfen. Also das sind große Aha-Effekte. Sie gehen auch, gemeinsam mit dem NABU, zu einem Biotop, einer kleinen Seenlandschaft, sehen dort, was da alles für Lebewesen herumschwirren, und in den Hamburger Hafen als Verkehrsweg am Wasser. Im Grunde fängt es bei den Kindern an, denn nur was man kennt und was man wertschätzt, das schützt man später auch. Es ist der falsche Weg, wenn man mit erhobenem Zeigefinger herangehen und den Kindern Horrorszenarien erzählen würde, sondern man muss ihnen beibringen, wie wichtig, wie schön unsere Umwelt ist, damit sie sich später selbst engagieren.

**Gesine Schwan:**

Zwei Punkte von Ihnen, Herr Otto, möchte ich unterstreichen. Erstens, der Zeithorizont. Bei allem, was kurzfristig gedacht ist, kann es zu Diskrepanzen zwischen Gewinn und Schonung der Umwelt kommen. Aber in dem Moment, wo man den Horizont ausdehnt, wird es ganz anders. Und zum Zweiten: Die Bildung und zwar die Art der Bildung, die Sie beschrieben haben, dass sie sich nicht nur an den Verstand richtet, sondern dass die Kinder handfest ihren Weg durch die Wirklichkeit gehen und damit konfrontiert werden, das finde ich sehr wichtig.

Zu Herrn Späths und auch Herrn Kletts Frage nach der Legitimation. Erstens: An keiner Stelle können die Zivilgesellschaft oder der Privatsektor die Legitimation oder die Legitimität - ich verwende jetzt beide Begriffe ähnlich - der gewählten politischen Organe ersetzen. An keiner Stelle, das haben sie auch nie getan. Deswegen können auch Regeln, die von Oxfam oder irgend einer anderen Organisation angeregt werden, nie die Legitimität eines Parlamentsbeschlusses für sich einfordern. Wir brauchen auch weiterhin die demokratisch legitimierte Institutionen, und die Zivilgesellschaft soll ja „antagonistisch kooperieren“, das heißt, es geht auch um eine Stärkung der bisherigen demokratischen Institutionen, die de facto einen Vertrauensverlust erlitten haben. Das ist sicher unbestreitbar.

**Lothar Späth:**

Meine Irritation ist dahin!

**Gesine Schwan:**

Wunderbar! Aber ich möchte Sie trotzdem noch latent weiter irritieren, weil mir das immer Spaß macht, wenn Sie dann antworten. Ich habe von Input- und Output-Legitimation gesprochen, und Input, das war die Wahl und Output ist das Vertrauen, wovon Herr Bendix gesprochen hat. Da kann es eine Besserung von Parlamentsbeschlüssen dadurch geben, dass Institutionen sich durch ihre Vor-Ort-Erfahrung engagieren. Die Zivilgesellschaft ist im Unterschied zu den Parteien eine, die nicht hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Sie wissen, wie lange es gedauert hat, bis die Parteien in die Verfassung aufgenommen wurden. Noch in der Weimarer Republik waren sie nicht in der Verfassung, weil sie keine hoheitlichen Aufgaben hatten. Sie sind jetzt praktisch als Organ des Staates mit in der Verfassung. Und diese Mischung von Parteien, dass sie halb-halb sind, halb Gesellschaft, halb Staat, gilt nicht für die Zivilgesellschaft, auch wenn Sie sagen können, der Gedanke der Zivilgesellschaft ist jetzt nicht im Gegensatz zum Militärischen, sondern zu dem, was staatshoheitliche Aufgaben erfüllt. Also kein Gegensatz, ein in Kontroverse befindliches Kooperationsverhältnis und dieser kritische Input oder die kritischen Aktionen können helfen und stärken.

Zu den Regelungen: Ich war neulich bei einem Textilverband und habe, bevor ich dort eine Rede gehalten habe, mit einigen Ausbildern gesprochen. Und die habe ich gefragt, belehrt von früheren Gesprächen mit Herrn Otto: „Sagen Sie mal, worauf richtet sich Ihre Ausbildung?“ „Die richtet sich auf technisches Arbeiten“, haben sie geantwortet. „Richtet sie sich auch auf die Frage, welche Umweltqualität Ihre Produkte haben und wie man das Recycling befördern kann und stoßen Sie Ihre jungen Leute auch an, sich selbst etwas auszudenken zu diesem Zusammenhang?“ Da hat der Ausbilder auf die Regeln verwiesen und gesagt: „Es gibt ja EU-Regeln.“ Ja, und das findet er auch gut, dass es EU-Regeln gibt. Also wollte er Regeln. In gewisser Weise anders als Sie das gut finden, weil das, was reguliert ist – so seine Sicht –, darum kümmern wir uns und um den Rest müssen wir uns nicht kümmern, während ich ihn stimulieren wollte: Über Regeln hinaus sollten Sie doch erzieherisch tätig sein. Es gibt also auch eine unternehmerische Seite, die sagt, wir haben Regeln, okay, da haben wir klare Verhältnisse und mehr müssen wir nicht machen.

Wie nun Regeln wirken, das ist mein dritter Punkt, das muss man, glaube ich, genau anschauen, betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich. Nehmen wir einen dieser schwierigen Punkte, die Mitbestimmung. Mitbestimmung, betriebliche Mitbestimmung, unternehmerische Mitbestimmung ist für viele Unternehmer etwas Störendes, etwas Hemmendes, was man eigentlich abbauen möchte. Es gibt – nehmen wir noch mehr – die Tarifhoheit, die überbetrieblichen Tarife anstrebt. Olaf Henkel hat alles unternommen, um dieses „Zeug“ loszuwerden, weil es die Freiheit, die betriebswirtschaftliche Freiheit in seinem Verständnis, beeinträchtigt. Solche Freiheit hat aber eine enorme Lohnspreizung zur Folge und diese Lohnspreizung hat volkswirtschaftliche Folgen. Es kann betriebswirtschaftlich eine Erleichterung sein, wenn man sich an nichts, an keine Tariflöhne halten muss. Es kann aber volkswirtschaftlich große Probleme geben. Wofür ich hier nur plädieren möchte ist, die jeweiligen systemischen Auswirkungen anzuschauen. Denn es gibt inzwischen auch wieder Stimmen, die sagen, die starke Spreizung der Löhne im Unterschied zur ursprünglichen sozialen Marktwirtschaft hat auch dazu geführt, dass die Diskrepanz zwischen Arm und Reich immer größer geworden ist, dass das, was große Unternehmen hätten auszahlen können, was sie aber früher in Weiterbildung investiert haben, jetzt nicht gleichermaßen in Weiterbildung investiert wird, und deswegen haben betriebliche Tarife letztlich, gesamtgesellschaftlich gesehen, wieder Nachteile. Ich möchte nur dafür plädieren, immer diese betriebswirtschaftliche und die nationalwirtschaftliche, volkswirtschaftliche und inzwischen globale Perspektive mit einzubeziehen.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Publikum?

**Helmut Haussmann:**

Zur Globalisierung: Aus meiner Sicht ist das eine sehr westliche Diskussion. Das ehrt uns natürlich, aber wenn man lange Jahre versucht hat, über die WTO, über die Asienstiftung in Singapur, asiatische Meinungsführer von unseren Werten und Ansichten zu überzeugen, ist hier die Frage: Welche Erfolge haben Sie gerade in Asien?

Und die letzte Frage ist, welche Möglichkeiten bringen Internet, online für Kampagnen? Wo ist da die Legitimation, wenn man Themen relativ schnell in der Zivilgesellschaft durchspielt?

**Rupprecht Podszun:**

Das heben wir uns für die zweite Runde auf, die Internet-Frage jedenfalls. Ich glaube, der Aspekt, und natürlich auch das, was Frau Schwan gesagt hat, sind hervorragende Vorlagen – Stichwort Globalisierung, Stichwort Einbeziehung asiatischer Staaten und das Panorama, das Frau Schwan noch mal aufgespannt hat – für ein kurzes Schlusswort unserer beiden Hauptdiskutanten Herr Bendix und Herr Otto.

**Paul Bendix:**

Das Schlusswort vielleicht nicht, aber die Frage zu NGOs in Asien – eine gute Frage. Ich habe bisher über die Kampagnenarbeit gesprochen. Unsere Projektarbeit machen wir überwiegend mit lokalen

Organisationen. Wir schicken keine Deutschen, keine Weißnasen, wie sie das nennen, irgendwohin, sondern wir arbeiten mit lokalen Civil Organizations, mit NGOs und die sind in allen Ländern, von Pakistan über Indien, Indonesien, you name it. Wo es ein bisschen schwierig ist, ist China, da gebe ich Ihnen recht. Aber das ist auch eine Zeitfrage, auch in China bewegt sich schon ganz, ganz viel. Die Stärke der Zivilgesellschaft, die ist keineswegs geringer in asiatischen Ländern und die Aufgaben sind auch nicht sehr viel anders als bei uns. Wir maßen uns überhaupt nicht an, für sie zu sprechen, sondern wir haben ein eisernes Prinzip: Wenn in einem Land etwas gemacht und gesagt wird, dann sagt erstmal die lokale Organisation etwas, und wir unterstützen nur. Und nur, wenn die nicht können, zum Beispiel in Simbabwe, weil man dann nicht lange lebt, dann sagen wir etwas, weil wir auch besser geschützt sind. Das wäre die Antwort auf die Zivilgesellschaftsfrage.

**Michael Otto:**

Ich kann von der Unternehmensseite sagen, dass auch in den asiatischen Ländern ein Umdenkungsprozess einsetzt im Hinblick auf ethisches Verhalten, das stelle ich zumindest fest. Ich sehe bei unseren Workshops, dass wir bei einigen Unternehmern auf offene Ohren und offene Türen stoßen. Das heißt, dass sie selbst auch Interesse und die Bereitschaft haben, sich zu engagieren und damit in ihrem eigenen Unternehmen anzufangen. Natürlich gibt es genügend Gegenbeispiele, aber trotzdem: Es gibt positive Beispiele und da ich das nun seit einigen Jahrzehnten verfolge, kann ich auch sagen, es nimmt zu, die Entwicklung nimmt Fahrt auf, von der man nur hoffen kann, dass die Eigendynamik in dieser Hinsicht noch stärker wird. Aber es ist eine spürbare Entwicklung und zwar in die richtige Richtung. Das Gleiche stelle ich im Umweltbereich fest und ich nehme hier meine Erfahrung aus dem WWF, wo viele Unternehmen, aber auch Regierungen heute viel, viel aufgeschlossener sind, viel aktiver sind, selbst in China. Die chinesische Regierung macht inzwischen, was Artenschutz angeht, heute deutlich mehr als früher. Auch das Thema CO<sub>2</sub> ist in China angekommen. Klar, die sehen ja schon die ersten Änderungen in ihrem Mikroklima, Wüstenbildung im eigenen Land. Und die Probleme drohen vor allem, wenn die Himalaya-Gletscher abgeschmolzen sind oder ihre großen Flüsse kein Wasser mehr haben. Auch in Asien passiert also etwas – es könnte schneller gehen, aber es geht in die richtige Richtung.

**Rupprecht Podszun:**

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben, wenn ich den Begriff des Gesamtkunstwerks soziale Marktwirtschaft noch einmal aufgreifen darf, zwei künstlerische Positionen gesehen, die uns aufzeigen, wie eine global governance möglicherweise aussehen kann oder wie sie sich derzeit weiter entwickelt. Vielleicht etwas mehr Mondrian als Jackson Pollock - nur wer die Linien zieht, ist noch unklar. Wir haben es geschafft, Herrn Späth zu irritieren und seine Irritation wieder zu beseitigen. Ich glaube, viel mehr kann eine Diskussionsrunde nicht leisten. Vielen Dank.

**Diskussionsrunde 2**

**Kapitalismus und Verantwortung? Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise**

**Rupprecht Podszun:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserer zweiten Runde. Thema jetzt: „Kapitalismus und Verantwortung? Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise“. Wenn Sie sich an den Namensgeber unserer Stiftung, Theodor Heuss, erinnern, der eine große Biographie über Robert Bosch geschrieben und gesagt hat, diese Verbindung von wirtschaftlichem Können, von technischem Können, von Wissenschaft, von Kultur, die bei Robert Bosch zusammengekommen ist, das sei das Vorbildhafte, was Unternehmer auszeichne. Das war allerdings auch die Zeit, in der jemand noch „Nationalökonomie“ studierte, wie Theodor Heuss, und heute sind wir dann von der Nationalökonomie doch ein bisschen weiter entfernt. Diese Fundamente, das ganz klar abgrenzbare Unternehmen, die Familie als Keimzelle des Wirtschaftens und die Nation als Ordnungsgeber, die sind natürlich in der Form nicht mehr vorhanden. Insofern, Herr Leibinger, ist es eigentlich ganz erstaunlich, dass Ihr Unternehmen ein extrem profitables ist, denn wenn man nach den Maßstäben geht, die heutzutage angelegt werden, dann müsste man meinen, so ein Unternehmen wie TRUMPF, das kann es gar nicht

mehr geben. Es gibt es trotzdem noch, erfolgreicher denn je und das ist nicht zuletzt Herrn Professor Leibinger zuzuschreiben. Er ist 1930 in Stuttgart geboren, ist verheiratet, drei Kinder. Familie ist ganz wichtig, denn das Unternehmen ist auch ein wirkliches Familienunternehmen geblieben. Er hat eine Mechanikerlehre gemacht und Maschinenbau studiert, war dann kurz in den USA und ist danach bei TRUMPF als Konstrukteur eingetreten und hat dort relativ schnell den Aufstieg geschafft zunächst zum Technischen Geschäftsführer und Gesellschafter und dann zum Vorsitzenden der Geschäftsführung. Ich habe gelesen - bitte korrigieren Sie mich, wenn es nicht stimmt -, dass es dann für den Unternehmensgründer günstiger war, Ihnen das Unternehmen zu übertragen, als die Lizenzgebühren für sämtliche Patente zu zahlen, die Sie sich in der Zwischenzeit erarbeitet hatten.

**Berthold Leibinger:**

Ja, verkürzt stimmt das.

**Rupprecht Podszun:**

Sie haben jedenfalls schon im Studium oder schon mit Ihrer Diplomarbeit, die Sie damals bei TRUMPF gemacht haben, drei Patente erhalten. Sie haben dort unter anderem quasi die erste computergesteuerte Stanzmaschine entwickelt. Auch das ist wahrscheinlich sehr verkürzt dargestellt, aber das wurde eine der Grundlagen für den Welterfolg von TRUMPF.

TRUMPF, ein Unternehmen, das hier in der Nähe von Stuttgart, in Ditzingen, sitzt, 1,7 Mrd. Euro Umsatz macht, etwa 8.000 Mitarbeiter und drei Geschäftsbereiche hat. Sie haben wahrscheinlich - anders als bei Otto - nichts davon zu Hause, denn es handelt sich um Lasertechnologie, es geht um Werkzeugmaschinen und um Medizintechnik, und in einigen dieser Bereiche ist TRUMPF Weltspitze. Herr Leibinger ist, genau wie Herr Otto, nicht nur ein erfolgreicher Unternehmer, sondern auch in sehr vielen Funktionen engagiert. Den Baden-Württembergern brauche ich das gar nicht zu erklären, die kennen das alles. Er ist engagiert bei der Universität Stuttgart, hat die Akademie acatech mitbegründet, er hat lange die Landesregierung beraten, er hat eine eigene Stiftung gegründet, die sich vor allem der Innovationsförderung verschrieben hat, und er ist Beiratsmitglied bei „Gegen Vergessen - für Demokratie“. Daneben tritt kulturelles Engagement: Literaturarchiv Marbach, Schiller-Nationalmuseum, Internationale Bachakademie, der Bogen ist also sehr weit gespannt und deshalb sind wir besonders erfreut, dass wir Sie heute hier haben und sind gespannt, was Sie zu unserem Thema sagen.

**Impulsreferat Wirtschaft**

**Berthold Leibinger**

Aufsichtsratsvorsitzender TRUMPF GmbH & Co. KG

Vielen Dank. Es wird jetzt viel pragmatischer und viel Deutschland-näher, was ich zu sagen habe. Das geht auch daraus hervor, dass die überwiegende Zahl unserer Mitarbeiter im Maschinenbau und in der Lasertechnik in Deutschland arbeiten. Aber ich darf eine Vorbemerkung machen. Mir hat man eine Überschrift gegeben, zu der ich reden soll, „Kapitalismus und Verantwortung“ und da steht dann als Unterzeile: „Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise“. Ich möchte doch vorab dazusagen, dass ich nicht glaube, dass wir eine Zeit nach der Krise haben, sondern dass wir in vielem - ich rede jetzt nicht nur von der Finanzwelt und von der politischen Seite, Griechenland als Stichwort, sondern ich rede von der so genannten Realwirtschaft - dass wir in vielem noch lange nicht da sind, wo wir einmal waren. Die Fragen, denen ich nachgehen will, beziehen sich auf: Was tun wir in Deutschland und was tun wir Deutsche in der Welt, in der wir uns bewegen? Als Maschinenbauer, als Werkzeugmaschinenbauer, der ich im Kern bin, ist tatsächlich die Welt das Feld, auf dem wir uns bewegen, aber mit einer ganz anderen Ausgangsbasis als Herr Otto. Wir haben nirgends auf der Welt eine Macht als Einkäufer, sondern wir sind überall die, die Investitionsgüter liefern, damit eine Volkswirtschaft wo auch immer vorankommen kann, wenn man unser Tun idealistisch beschreibt. Das ist, was wir uns vorgenommen haben.

Drei Fragen: Was hat die Krise ausgelöst? Wie hat sich die deutsche Wirtschaft in der Krise verhalten? Von der deutschen kann und will ich in erster Linie reden. Und: Welche Konsequenzen haben wir aus der Krise zu ziehen?

Was hat sie ausgelöst? Ich habe ein langes Arbeitsleben hinter mir. Sie haben es ja gehört, 1930 geboren, ich werde noch in diesem Jahr 80, und war etwa, wenn man so will, 55 Jahre mit industriellem Tun verbunden. Allein dazu ließe sich viel sagen. Ich habe zwölf Krisen, zwölf Abschwünge erlebt, aber keine, die auch nur entfernt so gewesen wäre, wie die vergangene oder die, in der wir noch sind, um mich nicht zu revozieren. Warum war das so? Wir hatten 2008 einen konjunkturellen Abschwung nach vier sehr guten Jahren zu erwarten, und der hat sich auch angekündigt. Aber die Finanzkrise, die plötzlich - im Grunde markiert durch die Pleite von Lehman Brothers - ausgelöst wurde, war, ich habe das immer so beschrieben, als wenn man einem Menschen, der stolpert, ins Genick springt, dann fällt er aufs Gesicht. Ich habe in der Tat keine Krise, die weltweit, über alle Branchen, oder fast alle Branchen, hinweg und so tief gewirkt hat, erlebt. Und deshalb sind manche der Dinge, wie wir damit fertig werden, auch so schwierig zu lösen.

Was hat sie denn ausgelöst? Ich verdichte das auf zwei Bereiche: Einmal das verlorene Maß vieler Menschen auf dieser Welt. Das zweite war der Glaube in der Finanzwirtschaft an das Perpetuum Mobile in der Form, dass man angenommen hat, man kann bestimmte Papiere, verbriefte Papiere immer wieder und immer neu weiterverkaufen, und irgendwann hörte das auf und dann brach die ganz Sache zusammen. Das hat mit dem verlorenen Vertrauen zu tun.

Wie hat sich die Wirtschaft in der Krise verhalten? Ich spreche jetzt von der deutschen Wirtschaft und ich möchte dazu ein paar Zahlen nennen, die ich extra mitgebracht habe. Sie stammen von der IG Metall, unserer Industriegewerkschaft, sind also in diesem Zusammenhang, wenn ich sie nenne, unverdächtig.

#### **Rupprecht Podszun:**

Antagonistische Kooperation!

#### **Berthold Leibinger:**

Ja, die antagonistische Kooperation, Frau Schwan. Das nehme ich mit! Ich bin über 50 Jahre verheiratet und sogar gut verheiratet, aber ich habe noch nie das Verhältnis zu meiner Frau so gut beschrieben gehört.

In dieser Krise, und ich spreche jetzt nur über die produzierende Industrie, ist die Industrieproduktion in Frankreich um 11,2% zurückgegangen und die Beschäftigung um 6,7%, in Spanien 18% Rückgang der Industrieproduktion und 17% Rückgang der Beschäftigung, in Schweden Rückgang der Industrieproduktion um 17%, Rückgang der Beschäftigung um 17,8%. Es sind also mehr Arbeitsplätze abgebaut worden als Umsatz verloren ging. In Deutschland waren es 16,9% Rückgang bei der Produktion und 2% Abnahme der Beschäftigung in der produzierenden Industrie - das ist ganz ungewöhnlich. Warum ist das so? Ich sehe zwei Gründe. Zunächst: Die Deutschen haben doch ein großes Selbstbewusstsein und sind vernünftig, die deutschen Unternehmer und Unternehmensleitungen. Wir glauben, wir brauchen die Arbeitskräfte wieder, also bauen wir nicht ab, ohne dass wir dieses müssen. Und das zweite ist, die Verantwortung für die Arbeitsplatzsicherheit wird in Deutschland ganz groß geschrieben. Das hat - das haben wir alle begriffen - eine ganz große emotionale Bedeutung für unsere Gesellschaft, das ist anders als in den Vereinigten Staaten. Ich habe einige Jahre dort gelebt und gearbeitet und bin sicher 150 Mal oder öfter in Amerika gewesen, wir beschäftigen auch fast 1.000 Amerikaner in unseren dortigen Aktivitäten, und wenn dort ein Arbeitsplatz verloren geht, wenn jemand gekündigt wird, dann nimmt er das ganz anders auf und hin als ein deutscher Arbeitnehmer. Der Amerikaner sagt „I lost my job, I will try again“, ich habe meine Arbeit verloren und jetzt probiere ich es erneut und woanders. Für den Deutschen ist es eine Demütigung, eine Kränkung. Das müssen wir ernst nehmen und das nehmen wir ernst. Wir haben uns, glaube ich, klug und vernünftig verhalten und die Rahmenbedingungen, die wir in Deutschland haben, haben dieses auch ermöglicht. Zunächst: Wir haben nach der 11. Krise, die ich erlebt habe, die war



1991 - 1993, eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die einen Rückgang der Aufträge besser abfedern konnten. Ein Faktum der Globalisierung bedeutet ja eine weit bessere Kommunikation und Information über das, was in der Welt vorgeht für alle unsere Kunden. Und deshalb können wir eine Krise heute nicht, und schon damals nicht, durch lange Lieferzeiten, die wir im Investitionsgüterbereich hatten, überbrücken, das ist ganz ausgeschlossen. Wenn wir länger als drei Monate Lieferzeit haben, dann verlieren wir Aufträge. Früher hatten wir 12 - 15 Monate Lieferzeit, wir haben die Täler mit den Werksspitzen, die wir angesammelt haben, aufgefüllt. Heute müssen wir das anders ansammeln. Wir haben die Arbeitszeiten flexibilisiert, wir arbeiten in guten Zeiten viel, also deutlich mehr als 35 Stunden und in schlechten Zeiten können wir bis auf 30 Stunden oder noch weniger herunterfahren, bezahlen aber immer einen Durchschnitt von 35 Stunden, bezogen auf die 35-Stundenwoche - in meinem Unternehmen sind es 38 Stunden -, so dass der Arbeitnehmer, vereinfacht ausgedrückt, immer das gleiche Einkommen hat - ob er viel oder wenig arbeitet. Wir federn damit ab, indem wir in schlechten Zeiten Arbeitskonten aufzehren, die wir angespart haben.

Das zweite, was man erwähnen muss, ist das Phänomen der Zeitarbeit. Die Zeitarbeitsfirmen stellen, weil der Rückgang der Arbeit nicht überall in allen Branchen gleichzeitig auftritt, in der Regel ein gutes Abfederungspolster für Krisenzeiten dar, weil man sich von den Leiharbeitern sofort trennen kann.

Dritter Punkt ist die Kurzarbeit, die bei uns im Grunde von drei Partnern bezahlt wird. Vom Arbeitnehmer, der auf einen Teil seines Lohns verzichtet. Bei 20% Rückgang - also einem Tag weniger Arbeit - hat er 7% weniger in der Lohntüte. Den zweiten Teil trägt das Unternehmen, das die Grundlast, Feiertage, Ferien, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige tarifliche Zuwendungen unverändert von der normalen Arbeitszeit trägt, und das dritte ist der Staat, der für die ausgefallenen Stunden auf die Sozialbeiträge verzichtet und noch ein Kurzarbeitergeld dazufügt. Das ist eine teure Angelegenheit für die Gesamtheit, aber durch die Teilung auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat eine erträgliche Sache.

Nach meiner Überzeugung darf sie nur nicht - und da komme ich jetzt zu den Folgen der Krise und den Konsequenzen - die Kurzarbeit darf nicht zu lange ausgedehnt werden. Ich halte den Beschluss der sozialliberalen Koalition, die Kurzarbeit zu verlängern, der sicher auch auf Betreiben von organisierter Zivilgesellschaft zurückzuführen ist - das wurde vorhin nicht gesagt, für nicht gut. Die unkontrollierten Aktivitäten der organisierten Zivilgesellschaft üben auf den Teil, der für die Regierungstätigkeit verantwortlich ist, einen so großen Druck aus, dass die Unabhängigkeit der von uns gewählten Abgeordneten durch den öffentlichen Druck zunehmend reduziert wird. Das macht mir die größte Sorge, das macht mir die allergrößte Sorge, weil sie ja nicht verantwortlich sind. Wenn es ernst wird, sind sie fort. Ich bin da sehr emotional jetzt - aber ich muss ja auch ein bisschen Farbe in die Sache hineineinbringen!

#### **Rupprecht Podszun:**

Es wird sicherlich bunt werden!

#### **Berthold Leibinger:**

Die zweite Konsequenz, die wir zu ziehen haben, ist aus meiner Sicht, dass die Weiterbildung, die wir in der Kurzarbeit unterbringen konnten - von unserer Seite wurde das vorgeschlagen, das war früher nicht möglich -, noch stärker ausgebaut wird. Wir haben zum Beispiel die Weiterbildung, die bei uns normalerweise 25 Stunden pro Mitarbeiter und Jahr umfasst, auf 75 Stunden erhöht und glauben dadurch, dass wir während der Kurzarbeit auch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben, weil wir eben Wissen vermitteln konnten. Das wird ein Kernthema für uns auch in der Zukunft sein, weil wir ja eine demografische Entwicklung haben, und das ist der zweite große Punkt, den ich nennen will.

Wir haben eine demografische Entwicklung, die uns Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, den wir jetzt schon spüren, in verstärktem Umfang bringen wird, wenn wir nichts tun. Wir müssen auf dem Bildungssektor mehr tun und zwar auf allen Ebenen. Wir können es uns nicht leisten - was heute der Fall ist -, aus den Hauptschulen Abgänger zu produzieren, die eine anspruchsvolle Lehre nicht

bestehen können. Wir müssen künftig das Niveau in den Hauptschulen verbessern und wir müssen die Unternehmen moralisch in die Pflicht nehmen - ich bin immer für selbständige und freiwillige Aktionen -, dass sie die Hauptschüler zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit dem Unternehmen in Verbindung bringen, damit die Schüler sich trauen, eine sehr anspruchsvolle Lehre - die wir zum Beispiel durchführen - anzunehmen und durchzustehen. Wir haben ein Programm, das nennt sich 360° - meine Tochter, die das Unternehmen führt, fördert das enorm. Da nehmen wir das zweitletzte Schuljahr in der Hauptschule schon einen Tag in der Woche zu uns ins Unternehmen und die Schüler werden eingeführt in das, was wir tun. Wir stellen auch fest, dass sich dabei Kinder mit Migrationshintergrund, die sich sprachlich schwer tun, plötzlich lösen, weil sie sich praktisch absolut gleichwertig sehen und gleichwertig fühlen und dadurch Selbstbewusstsein gewinnen und dann wagen, sich bei uns zu bewerben. Wir müssen aber auch die Bildung und Weiterbildung auf allen Ebenen verbessern, denn Deutschland wird in der Zukunft immer mehr darauf angewiesen sein, hochwertige Produkte herzustellen und diese auch zu exportieren. Wir können dieses Land überhaupt nicht erhalten ohne Export.

Das Dritte und Letzte, auf das ich hinweisen will, sind Unternehmen meiner Art. Wir beschäftigen 5.000 Leute in Deutschland, 3.000 Mitarbeiter außerhalb des Landes. Dort - meistens, nicht immer - im Vertrieb und Service. Wir produzieren auch in den USA, wir produzieren in Österreich und in Frankreich und neuerdings in China. Wir werden nach der Krise feststellen, dass das Bärenfell anders verteilt ist, das ist jetzt schon sichtbar. Die Märkte in Ostasien, in China, in Indien und die darum herumliegenden Staaten werden aus der Krise mit großem Wachstum hervorgehen. Das ist schon erfolgt; unter anderem übrigens auch, weil ihre Banken sich an dem Wahnsinn nicht beteiligt haben und den Aufschwung besser finanzieren können als es unsere tun können.

**Paul Bendix:**

Weil sie involviert waren, übrigens.

**Berthold Leibinger:**

Oh ja, vielleicht waren die Chinesen aber auch überzeugt, dass es ein nationales Anliegen gibt. Der Begriff der Freiheit: Ich glaube unbeirrt an den Menschen und an die Verbesserbarekeit des Menschen, auch in meinem Alter. Was wir werden tun müssen, ist auch aus den Hochtechnologiebereichen, die wir von hier aus bestritten haben, stärker nach außen zu gehen mit Produktion und Wissen. Auch mit Wissen, wir werden Wissen transferieren.

Und wir werden dann auf andere kulturelle und soziale gesellschaftliche Verhältnisse stoßen, die uns genau zu den Fragen bringen, die sich Herr Otto schon vor 20 Jahren im Fokus Umwelt gestellt hat. Wir werden uns überlegen müssen, wie gehen wir mit den Menschen in Indien um, wie gehen wir mit den Mitarbeitern in China um? Wie bezahlen wir sie? Welche Sicherheitsstandards haben wir? Welche Mitspracherechte gewähren wir ihnen? Sie werden lachen, aber selbst in Amerika haben wir festgestellt, dass nicht alles falsch ist, was wir hier machen mit der Ordnung in den Betrieben. Wir führen in unseren amerikanischen Betrieben Betriebsversammlungen nach unserem Muster durch und das hat sich als positiv erwiesen. Die Leute sind besser informiert und das ist positiv. Betriebsverfassungsgesetz ist nicht falsch, ich bin kein Feind der Ordnung, aber ich bin ein Feind der Beschränkung von Eigenverantwortung. Und da scheiden sich eben die Geister. Ich glaube, dass gerade in unseren Unternehmen, die mit unserem System der Berufsausbildung, der Facharbeiterausbildung, der Fachhochschule oder Hochschule, der universitären Ausbildung unserer Mitarbeiter so gut zurechtkommen, die wir uns so wohlfühlen in diesem System - das gebe ich uneingeschränkt zu -, wir müssen sehr darüber nachdenken, wie wir das in diesen Ländern, auf die wir in diesen kleineren Unternehmen nicht so sehr vorbereitet sind, machen.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank, Herr Leibinger. Den Reformbedarf werden wir sicherlich gleich noch ein bisschen vertiefen. Zuvor möchte ich Ihnen Karsten Gerloff vorstellen. Wir haben hier nur absolute Superstars auf dem Podium, das wissen Sie ja, in jeder Kategorie Weltmarktführer, aber Karsten Gerloff schlägt sie in einer Hinsicht alle. Herr Bendix und Herr Leibinger, nehmen Sie es nicht persönlich, aber in der

Währung, die heutzutage zählt, ist Herr Gerloff unangefochten, nämlich in der Anzahl der Google-Einträge. Das weist vielleicht schon darauf hin, mit wem wir es zu tun haben. Mit jemandem, der eine ganz andere Art von wirtschaftlichem Umfeld hat als Herr Leibinger, es geht jetzt um Internet, um nicht so greifbare Produkte. Herr Gerloff ist Forscher, Aktivist und Blogger und er ist seit 2009 Präsident der Free Software Foundation Europe. Als solcher ist er Nachfolger von Georg Greve, der auch heute bei uns ist. Herr Gerloff hat Kulturwissenschaften in Lüneburg studiert – das zeigt auch schon, dass es hier nicht nur um Spezialprobleme von Informatikern geht. Er hat dann in Maastricht an der dortigen UNO-Universität gearbeitet. Wenn Sie den Begriff „antagonistische Kooperation“ mögen, gebe ich Ihnen gleich einen neuen: „collaborative creativity“, das war sein Forschungsbereich dort, also „kollaborative Kreativität“. Dann ist er zur Free Software Foundation gekommen. Das ist ein Gebiet, das dem einen oder anderen vielleicht nicht ganz so bekannt ist, aber es hat wohl damit angefangen, dass ein Forscher am Massachusetts Institute of Technology in den USA sich über die Probleme seines Druckers geärgert hat. Jetzt mehr dazu von Karsten Gerloff, der für die Free Software Foundation Europe hier ist, die mit einer Theodor Heuss Medaille ausgezeichnet wird.

## **Impulsreferat Zivilgesellschaft**

### **Karsten Gerloff**

Präsident Free Software Foundation Europe e.V.

Vielen Dank, Herr Podszun, für die Einführung. Ich freue mich natürlich, heute für die Free Software Foundation Europe hier zu sein und diese Auszeichnung morgen entgegennehmen zu dürfen. Ich freue mich noch aus einem anderen Grund sehr über dieses Podium, und das hat mit Herrn Otto zu tun. Er ist in gewisser Weise schuld daran, dass ich heute tue, was ich tue. 2004 wollte ich das letzte Praktikum meines Studiums absolvieren und saß schon seit einer Woche an einer Bewerbung für diejenige Abteilung des Otto-Versands, die sich mit Umwelt- und Sozialstandards befasst und in der eine Freundin von mir tätig war, und ich habe diese Bewerbung einfach nicht fertig bekommen. Am Ende dieser leidigen, langen Woche hielt Georg Greve einen Vortrag über Freie Software an unserer Universität und ich wusste, genau das war es, was ich eigentlich machen wollte. Insofern, Sie haben mich darin bestärkt, mich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu beschäftigen, und gelandet bin ich dann letztendlich bei der Free Software Foundation Europe.

Was sind wir eigentlich für eine Organisation? Wir sind ein Verein nach deutschem Recht, sind aber praktisch gesehen eine europäische Organisation, die vernetzt arbeitet mit Teams in - je nach aktuellem Stand - elf bis zwölf europäischen Ländern, dort jeweils mit Länderkoordinatoren. Das sind alles Freiwillige, wir haben zwei Hauptamtliche, zwei Teilzeitler und zwei kleine Büros in Berlin und Düsseldorf. Es gibt noch drei weitere Free Software Foundations: eine in Indien, eine in Lateinamerika und eine in den Vereinigten Staaten von Amerika, die die älteste ist, die 1985 von Richard Stallman gegründet wurde, weil er sich einige Jahre zuvor über seinen Drucker geärgert hatte. Damals war es noch üblich, dass man, wenn man einen Computer kaufte, die Software in der Form mitgeliefert bekam, in der man sie weiterentwickeln und anpassen konnte. Stallman schrieb an den Druckerhersteller, der Druckerhersteller sagte, nein, ich gebe Dir die Software nicht, worauf er beschloss, dass ein freies Betriebssystem her musste, eines, das jeder nicht nur verwenden können sollte, sondern auch verstehen und verbreiten. Das ist schon genau die Definition von freier Software. Funktional gesehen ist es einfach nur Software. Es sind Anweisungen, die einem Computer erklären, was er zu tun hat. Was Software zur freien Software macht, sind die Bedingungen, die der Entwickler, der Hersteller festlegt, die Lizenz. Sie verwenden wahrscheinlich das eine oder andere Betriebssystem, oft Microsoft Windows – wenn Sie dort Programme installieren, kommt ein kleines Fenster mit sehr viel Text in Juristendeutsch oder -englisch. Da ist dann unten rechts ein Knopf, darauf drückt man, dann ist das Fenster weg. Die oft dutzenden von Seiten mit Bedingungen, die Sie damit akzeptiert haben, gehen in der Regel weit über das hinaus, was einem deutschen Verbraucher rechtlich zugemutet werden darf. Bei freier Software ist das etwas einfacher. Freie Software ist jede Software, die man nicht nur für jeden Zweck verwenden darf, sei es kommerziell, nicht kommerziell, Militär, Polizei, alles kein Problem, sondern die man auch in ihrer Funktionsweise detailliert

untersuchen darf. Dazu braucht man den Quelltext, die menschenlesbare Form eines Programms. Herr Leibinger, wenn Sie damals die erste numerisch gesteuerte Stanzmaschine entwickelt haben, wissen Sie sicher sehr viel besser als ich, was da in Frage steht. Sie waren nämlich in der Lage, ganz genau zu definieren, von Grund auf, wie es funktionieren sollte, was diese Maschine tun sollte. Genau das erlaubt freie Software noch heute. Es gibt sehr viele vorgefertigte Komponenten, die mit Erfolg eingesetzt werden, aber man kann sich jederzeit eine dieser Komponenten nehmen, sich den Quelltext besorgen, die Form, in der der Programmierer schreibt und in der der Mensch das Programm verstehen kann und gucken, was da eigentlich genau vor sich geht. Deswegen wird das auch manchmal „open source“ genannt, „offener Quelltext“, aber wir verwenden den Begriff freie Software, weil uns die umgebenden Freiheiten, der soziale Aspekt, der politische Aspekt viel wichtiger sind.

Die Freiheit, die Software zu verbreiten, ist eine weitere. Ich darf meinen Freunden, meinen Nachbarn, meinen Bekannten helfen, ich habe einen Nutzen – Software ist ein Werkzeug. Und wenn es ein nützliches Werkzeug ist: Ich leihe meinem Nachbarn doch auch meinen Hammer, warum sollte ich dann nicht mein Programm weitergeben? Vor allem: Den Hammer kann ich nicht benutzen, während er ihn hat, das Programm kopiere ich einfach. Ich verliere nichts dabei. Das einzige, was mich daran hindern würde, das Programm zu kopieren, wären rechtliche Vorschriften, denen unterliege ich bei freier Software in dieser Hinsicht nicht.

Und dann gibt es die Freiheit, das Programm zu verbessern. Dadurch, dass ich hineinschauen kann, wie das Programm funktioniert, kann ich es auch verändern. Kein Problem, Sie können das selbst machen oder Sie können auch jemanden bezahlen, der das für Sie tut.

Wo ist denn freie Software? Rede ich hier über ein Spielzeug einer technologisch überfixierten Kleingruppe? Keineswegs! Die meisten von Ihnen werden Mobiltelefone in den Taschen haben. Viele davon funktionieren mit freier Software. Viele von Ihnen werden einen Fernseher zu Hause haben; die Geräte neuerer Bauart haben freie Software eingebaut, auf dem Linux-Kernel. Genauso für die Router, die Sie mit Ihren DSL-Verbindungen, ihren Breitbandverbindungen, ihren Internetverbindungen an die Außenwelt anbinden. 60 - 70% der Webseiten, die Sie anschauen, werden Ihnen von einem Server, einem Programm geliefert, das freie Software ist, dem Apache Webserver. Der Firefox-Browser ist dem einen oder anderen vielleicht ein Begriff. Freie Software ist einfach überall und Software generell ist überall. Warum machen wir eigentlich so ein Aufheben um freie Software? Software ist in unserem täglichen Leben überall, ich sagte es schon, in unseren Fernsehern, Routern, Autos, Aufzügen, in unseren Verkehrssystemen, in Stanzmaschinen oder bei der Lasertechnologie. All das wird von Software kontrolliert. Wir sind also tagtäglich tausende Male mit Software konfrontiert. Wer kontrolliert denn diese Software, wer versteht sie? Für den Einzelnen, auf dem Rechner zu Hause, ist es eine Frage der Selbstbestimmung, der kreativen Entfaltung. Was kann ich denn alles mit dem Rechner machen? Kann ich mit dem Programm nur das tun, was der Hersteller mir vorgibt, oder kann ich tun, was sich andere noch zusätzlich ausgedacht haben, oder kann ich es selbst weiterentwickeln, je nach meinen Fähigkeiten? Für Unternehmen ist es eine Frage der unternehmerischen Selbstbestimmung, der Unabhängigkeit, damit ihnen nicht morgen der Softwarelieferant sagt, ja, tut mir leid, wir haben gerade eine neue Version herausgebracht, wenn Sie dann bitte im nächsten halben Jahr migrieren würden auf die neue Version; das macht dann übrigens so und so viel, hier ist die Rechnung. Die Stadt München hat in dieser Hinsicht Erfahrung gesammelt, als sie 2002 oder 2003 gebeten wurde, auf eine neue Version eines Betriebssystems zu wechseln und gesagt hat, wir wollen aber gerade nicht und der Hersteller gesagt hat, wir bieten jetzt aber keine Unterstützung mehr, wir beseitigen keine Sicherheitslücken mehr, das müssen Sie sich dann überlegen. Daraufhin haben es sich die Münchner überlegt und benutzen heute freie Software für ihre Stadtverwaltung und sind damit sehr glücklich.

Als FSFE versuchen wir nicht nur die Interessen von Softwareentwicklern zu vertreten, sondern auch von Leuten, die Software nutzen. Und von Leuten, die freie Software nutzen können sollten, wie zum Beispiel Schüler und Studenten, aber auch Lehrende, die einfach die Möglichkeit haben sollten, zu verstehen, wie diese Computer – die sie täglich benutzen müssen, mit denen sie auch später ihre Arbeit versehen müssen, – funktionieren, sie wirklich zu begreifen, sie zum eigenen Vorteil einzusetzen

und nicht nur die Werkzeuge zu benutzen, die man ihnen vorgibt. Ich denke, das wird langfristig auch ein ganz entscheidender Punkt sein für die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa, dass wir im Hochtechnologiebereich Menschen ausbilden, die Computersysteme tatsächlich verstehen, nicht nur anwenden können, sondern verstehen, sie kreativ einsetzen können, Lösungen finden können, die außerhalb des vorgegebenen Rahmens liegen.

Aber heute soll es ja um Kapitalismus und Verantwortung gehen. Wir haben vorhin schon über das Thema Regeln, Regulierungen, Staat und Regulierung diskutiert. Ich habe kurz angebracht, dass unserer Ansicht nach freiwilliger Einsatz sehr schön ist; wenn er sehr weit führt: wunderbar. Aber wir kommen auch an den Punkt, wo Regeln einfach unvermeidlich werden, wenn wir sicherstellen wollen, dass das Gesamtergebnis für die Gesellschaft am Ende positiv ist. Allerdings dürfen Regeln nie dazu führen - das hat Herr Klett vorhin sehr schön gesagt,- dass man aufhört zu denken. Das darf nicht sein, Regeln muss man immer weiterentwickeln. Außerdem ist unsere Erfahrung als relativ kleine Nicht-Regierungsorganisation: Manchmal ist es besser, keine Regel als eine schlechte zu haben. Wir arbeiten sehr viel mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament zusammen und sind da unter anderen an Standardisierungsaktivitäten beteiligt, an der Diskussion, welche Sorte Software, welche Standards der öffentliche Sektor im IT-Bereich verwenden soll. Da landet man sehr schnell in einem Clinch mit Interessenvertretern einiger Großunternehmen. Mit anderen Großunternehmen verstehen wir uns sehr gut und bilden auch gerne temporäre Allianzen, wenn es der freien Software dient. Aber im Jahr 2006 oder 2007 gab es zum Beispiel eine sehr hitzige Diskussion, welches denn das Standardformat für Textdokumente werden sollte: die Office-Dokumente, die man täglich bearbeitet, die natürlich auch im öffentlichen Sektor und in den Firmen weithin verwendet werden? Und dort sind wir mit einem Ausmaß an Intransparenz und - ich würde sogar sagen Korruption - in internationalen Standardisierungsorganisationen konfrontiert worden, bei dem uns immer wieder die Kinnlade heruntergeklappt ist. Georg Greve war unser Frontmann und könnte sicher noch die eine oder andere Geschichte aus dieser Zeit erzählen.

Eine breitere Herausforderung, der wir uns über das Enge, Technische hinaus stellen, ist die Frage, wie unsere Gesellschaft mit Wissen umgeht. Das ist auch die Frage, die mich zur Free Software Foundation Europe gebracht hat. Nehmen wir unser Wissen und bauen einen kleinen Zaun aus Urheberrechten und Patenten darum oder nehmen wir das Wissen und teilen es? In vielen Fällen sind Urheberrechte und Patente nützliche Anreize, aber in vielen Fällen, gerade im Bereich Software und dort vor allem im Patentwesen, sind sie schlicht übers Ziel hinausgeschossen. Wir haben uns deswegen 2004/2005 und auch weiterhin sehr stark dagegen engagiert, dass Software-Patente in Europa eingeführt werden. Wir sind damit im Verbund mit vielen anderen Organisationen letztlich auch erfolgreich gewesen und haben heute eine etwas zweideutige Situation, in der Patente vergeben, aber nicht durchgesetzt werden. Nun ist es aber so, dass für uns als Gruppe, die auch viele freie-Software-Unternehmer zu ihren Mitgliedern und Unterstützern zählt, es doch sehr klar ist, dass diese zweideutige Situation dazu führt, dass manche Unternehmer und Entwickler eben nicht alles entwickeln, was sie könnten, weil sie Angst haben, damit ein Patent zu verletzen. Wenn ein Unternehmen mit fünf, zehn, 30 Angestellten, das zufällig ein Patent einer großen Firma verletzt und dann zu enormen Strafzahlungen verurteilt wird, geht bei denen das Licht aus, ehe der Prozess angefangen hat. Deswegen engagieren wir uns in diesem Feld sehr stark, um die Wettbewerbsfähigkeit gerade von kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten.

Ein Punkt noch, was das öffentliche Beschaffungswesen angeht: Die Ausgaben des öffentlichen Sektors machen etwa 40% des Bruttosozialprodukts aus. Der Anteil im Softwaremarkt ist ähnlich und insofern ist das öffentliche Beschaffungswesen, was Software angeht, von ganz zentraler Bedeutung, weil der öffentliche Sektor ein wichtiger Kunde ist. Wenn sich nun dort proprietäre, unfreie Software und unfreie Standards, also Standards, die man mit freier Software nicht durchsetzen kann festgesetzt haben, wie sie es über die Jahre getan haben, dann bedeutet das, dass die kleinen und mittleren Firmen mit freier Software schlicht nicht herankommen an diesen Kunden. Deswegen setzen wir uns für mehr Transparenz, für fairen Wettbewerb ein. Der deutsche IT-Planungsrat hat gerade beschlossen, dass Marktstandards in Deutschland zu gelten haben. Auf Nachfrage haben wir erfahren,

dass Marktstandards die Standards sind, die am Markt existieren, was auf Grund der Marktmacht der Unternehmen, die unfreie Software verkaufen, bedeutet, dass sich die Situation für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland durch diesen Beschluss nicht wirklich verbessert hat.

Insgesamt lässt sich sagen, an freier Software kann jeder mitentwickeln, schafft dadurch eine Grundlage von Programmen, von Werkzeugen, die andere mitbenutzen können und auf deren Grundlage sie wiederum ihre eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten entfalten können. Das heißt, wenn sich Unternehmen in der freien Software engagieren, tun sie das aus Eigeninteresse, weil sie damit gutes Geld verdienen können. Was sie dabei auch tun - ob wie es wollen oder nicht: Sie tragen zum Gemeinwohl bei und zwar nachhaltig, weil sie Werkzeuge schaffen, die für alle immer vorhanden sind. Vom Staat erhoffen wir uns eigentlich relativ wenig, nur, dass er die Regeln setzt, in denen sich freie-Software-Entwickler und -Unternehmer entwickeln können, in denen freie Software ihre positive Wirkung entfalten kann, dass er den Wettbewerb durchsetzt, über die Transparenz wacht und dass er im Bildungswesen dafür sorgt, dass gerade junge Menschen lernen, Computer nicht nur zu verwenden, sondern auch zu begreifen und zu verändern, die Technik zu ihrer eigenen machen. Dafür arbeiten wir in Deutschland, in vielen europäischen Ländern und auf der Ebene der Vereinten Nationen, wie zum Beispiel bei der World Intellectual Property Organization als Beobachter. Ich denke, wir haben nun genug Stoff zur Diskussion.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank, Herr Gerloff. Ich muss bei Ihnen beiden unter dem Signum „Reformbedarf der Marktwirtschaft“ noch mal nachhaken. Ich habe über open source gelesen, Herr Gerloff: Open source ist der Keim neuer Wirtschaftsformen jenseits des Kapitalismus. Ist das zu weit gegriffen und kommt aus Ihrer Überlegung zu weit aus fast schon marxistischer Sicht? Sind Sie viel, viel pragmatischer als das?

**Karsten Gerloff:**

Ja, vielleicht ist pragmatisch das richtige Wort. Ich denke, dass freie Software sehr gut zur Marktwirtschaft passt, weil auch freie-Software-Projekte letztendlich miteinander in einem geradezu darwinistischen Wettbewerb stehen. Gute Programme setzen sich durch, schlechte Programme werden irgendwann liegengelassen und keiner interessiert sich mehr dafür, niemand steckt mehr Ressourcen, sei es nun Freizeit oder die Löhne für Entwickler, hinein, um sie weiterzuentwickeln. Was freie Software sicherlich tut, ist, neue Wege aufzuzeigen, wie wir mit Wissen umgehen können, uns ganz praktisch zu zeigen: Wenn wir Wissen teilen, wird es mehr. Aber ich bin nicht der Ansicht, dass freie Software gegen den Kapitalismus ist, da würde ich ganz entschieden widersprechen.

**Rupprecht Podszun:**

Das beruhigt den einen oder anderen im Saal hoffentlich. Herr Leibinger, Sie haben luzide eben die Krise analysiert, aber ich hatte den Eindruck, Sie haben uns noch nicht genau verraten, welchen Reformbedarf Sie sehen oder in welche Richtung Sie vielleicht sagen würden, daran müssen wir jetzt stärker arbeiten, damit wir bestimmte Dinge gerade hier in Deutschland auch verändern können. Können Sie uns dazu noch ein paar Stichworte liefern?

**Berthold Leibinger:**

Ich sehe die größte Aufgabe für uns darin zu erkennen, dass wir in einer Übergangssituation sind. Wir haben jetzt ganz konkret und gegenwärtig das Problem, für unsere Beschäftigten - ich spreche jetzt vom Maschinenbau, dem größten deutschen Industriebereich - nicht genügend Beschäftigung zu haben. Und wir sehen auf der anderen Seite, wenn man die demografische Entwicklung und den Platz Deutschlands im internationalen Wettbewerb sieht, die Notwendigkeit, mehr qualifizierte Menschen in Deutschland zu haben. Daraus gibt sich als Reformbedarf die Notwendigkeit, auf allen Ebenen der Ausbildung - das habe ich expressis verbis gesagt - Anstrengungen zu vermehren, besser und intensiver von der Schule, den Hochschulen her gesehen mit der Wirtschaft zusammenzuwirken. Die

Aufgaben von Politik, die für das Schulwesen zuständig und verantwortlich ist, und der Wirtschaft verzahnen und verflechten sich. Das ist für mich die wichtigste Aufgabe, denn dieses Deutschland wird in zehn Jahren anders aussehen. Die Leute, die in zehn Jahren 20 und im Arbeitsprozess sind, die sind nämlich schon geboren, da werden keine nachgeboren.

Die zweite Seite ist, wie kümmern wir uns durch bessere Vorbereitung und Beschäftigung in unseren Firmen um die Notwendigkeit, in anderen Kulturbereichen tätig zu werden? Die Großen tun es längst, die Boschs, die BASF sind längst auf der ganzen Welt mit Produktionsstätten vertreten, aber die große mittelständische Industrie, das Rückgrat unserer Industrie, ist es noch nicht oder ist erst im Begriff, dieses zu tun, und dazu braucht man hier akzeptierte Standards. Und Standards, über die Herr Otto in einem etwas anderen Feld, mit einem anderen Fokus gesprochen hat, genau dieses müssen wir in der produzierenden Industrie entwickeln. Aber wir können uns nicht damit trösten, dass wir mit Marktmacht auftreten und etwas erzwingen können, sondern wir müssen unsere Leute hier und jetzt darauf vorbereiten. Das sind die zwei Kernthemen, die ich ansprechen wollte. Ich sehe noch viele andere, aber das genügt ja auch.

Ich möchte noch eine Frage an Herrn Gerloff anschließen, denn ich habe vieles, ehrlich gesagt, nicht verstanden. Das macht aber nichts, das können Sie ja erklären. Irgendjemand muss doch die freie Software erstellen und das kostet doch Geld, das haben Sie doch überhaupt nicht erwähnt. Ich hatte in meinem bisherigen Umgang mit Ihrer Branche nicht den Eindruck, dass ich es mit lauter Idealisten zu tun habe, die für nichts arbeiten, sondern in der Regel erhalten wir hohe Rechnungen mit Stundensätzen, über die wir schlichten Maschinenbauer uns manchmal wundern. Also was ist das wirtschaftliche Konzept Ihres Tuns – ich weiß gut, was offene Software ist, das weiß ich schon. Ein offenes System, das haben wir immer gewollt, aber wer schreibt die Programme?

## **Diskussion**

### **Rupprecht Podszun:**

Bevor Sie antworten möchte ich das Publikum einladen, sich einzuschalten, dann können wir ein bisschen konzentriert diskutieren.

### **Armin Knauer, Präsident Südwesttextil e.V., Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:**

Nachdem Sie, Herr Gerloff, gesprochen haben, fiel mir eine ganz andere Geschichte ein, und ich habe da noch eine kleine Sache in der Tasche und dachte, jetzt muss ich das eigentlich zitieren. Im Jahr 1964 habe ich Ähnliches gemacht wie Sie in der Pionierzeit der EDV, da wurden ja gerade die ersten kommerziellen Anlagen eingestellt. Ich hatte aber damals keine Chance, die Heuss Medaille zu kriegen, denn da ist die Stiftung erst gegründet worden. Das nur zur Ergänzung, ich komme also aus diesem Sektor und sage das vorab, weil es jetzt gleich sehr kritisch wird, was ich bemerke. Worin ich eine große Ursache der Finanzkrise und damit auch der Wirtschaftskrise sehe, ist die Verbreitung und Benutzung der neuen Medien. Leider ist das hier in der Diskussion und auch in der Presse oder der Politik bisher viel zu wenig erörtert worden. Wenn Sie mir gestatten, wir sind ja hier im Literaturhaus, darf ich kurz Werner Finck mit einem Vers zitieren: „Am seidnen Faden hing ein Schwert, sich auf mein Haupt zu laden. glaubt ihr, dass mich das Schwert gestört? Mich schreckte nur der Faden.“ Das war seine Definition zum Damoklesschwert. Wieso erwähne ich das? Ich interpretiere es Ihnen. An dieser ganzen Finanzkrise wird mir zu wenig betrachtet, dass die so nicht hätte stattfinden können, wenn wir nicht die neuen Medien hätten mit diesem schnellen Informationstransport. Internet als Stichwort, aber das reicht nicht aus. Oder schon allein der Handel, dass die Computer mit sich selber handeln, deshalb ja diese ungeheure Volatilität in den Märkten und zwar nicht nur in den Devisen- oder Aktienmärkten, sondern selbst an der Leipziger Börse. Wir benötigen relativ viel Strom in unserer Branche – wenn Sie das mal betrachten, was sich hier seit Ostern getan hat. Wir haben hier Lotteriespiel. Ich bin in meiner Aufgabe als Arbeitgeberpräsident von Südwesttextil natürlich mit dem Wirtschaftsminister hier in Baden-Württemberg sehr häufig zusammen. Ich habe ihm vor einem Jahr anlässlich einer Besprechung mit den großen Energieerzeugern und den großen Energieverarbeitern

gesagt: Die Politik hat teilweise aus der Wirtschaft eine Spielbank gemacht und all das wäre nicht möglich ohne die neuen Medien und ich hätte die Bitte – gerade auch an Sie –, einfach mehr darauf zu achten. Wie schaffen wir es, diese neuen Medien, diese schnellen Transportwege in den Griff zu bekommen? Denn sonst kann sich Herr Leibinger in seiner Branche oder ich mich in meiner noch so sehr anstellen, wir kriegen das nicht hin.

**Bernhard Reiter**, stellvertretender Deutschlandkoordinator Free Software Foundation Europe e.V.:

Ich war acht Jahre lang Deutschlandkoordinator der Free Software Foundation und möchte noch ein paar Aspekte in die Diskussion hinein geben. Das Grundprinzip unserer Organisation hat Herr Gerloff schon erklärt. Vielleicht kann ich das noch ein bisschen anschaulicher machen, um auch Herrn Leibingers Nachfrage zu beantworten. Ohne Software geht bekanntlich gar nichts. Ich bin ehrenamtlich tätig, verdiene mein Geld seit zehn Jahren aber mit freier Software. Ich werde also damit beauftragt und dafür bezahlt, freie Software zu entwickeln, weil damit eine neue Art von Zusammenarbeit und auch eine neue Art des Wirtschaftens zustande kommt. Diese Zusammenarbeit ist marktwirtschaftlich, sie ist auch sozialmarktwirtschaftlich; in dieser Hinsicht ist sie sehr kapitalistisch, vielleicht sogar kapitalistischer als vorher, weil ein stärkerer Wettbewerb herrscht.

Freie Software ermöglicht es vielen kleinen Unternehmen, ein gesamtes Software-Haus zu bauen, ohne dass sie das alles in einem einzigen Unternehmen tun müssen. Das heißt, eine Gruppe von vielen kleinen Unternehmen kann eine Lösung anbieten – auch Ihnen, Herr Leibinger –, und wir haben dabei tatsächlich Wettbewerb. In Deutschland haben wir nicht so viele große Softwareunternehmen. Wir wollen also mit diesen mittelständischen, kleinen Softwareunternehmen neu wirtschaften, und für mich ist das ein Symbol für den Übergang. Sie repräsentieren mit dem Maschinenbau ja eher den alten Wirtschaftszweig, den industriellen Sektor – also den natürlich immer noch modern gebliebenen, aber industriellen Zweig, und in der Hinsicht natürlich klassisch, aber dieser Zweig ist im Rückgang, wir sind in Richtung Dienstleistungsgesellschaft unterwegs, in Richtung Wissen, in Richtung neuer Form von Kooperation. Jetzt gilt nicht nur: wer eine große Maschinenhalle hat, kann etwas Wichtiges für die Wirtschaft tun, sondern jemand kann mit seinem Laptop von einem beliebigen Ort aus ebenfalls nützliche Dinge entwickeln. Ich habe mal gelesen, am Anfang machten die alle mit Krawatte Software, danach konnte man in Jeans kommen und heute stellt man fest, es geht auch aus dem Wohnzimmer heraus und Jeans war noch nicht das untere Ende des Kleidungsstandardabbaus. Es gibt Kleinunternehmen, die in völlig neuer Art und Weise kooperieren, und freie Software ist ein Symbol dafür, dass man weniger Hürden schafft, und statt dessen versucht, ein win-win-Geschäft aufzumachen, von dem die Anwender genauso wie die Entwickler profitieren, die Nutzer und die Gesellschaft.

Und dieses „und die Gesellschaft“ ist das, was wir als FSFE ganz besonders unterstreichen. Darum sind wir auch gemeinnützig, und deshalb werden wir sicher auch von der Theodor Heuss Stiftung mit einer ausgezeichnet, weil wir die Leute anregen wollen, kritisch darüber nachzudenken, wie Softwareregeln die neuen Medien kontrollieren. Sie kennen das von Sprache: Wofür Sie kein Wort haben, das können Sie nicht sagen. Und so ist es mit Software auch. Wofür Sie kein Programm haben, das können Sie so nicht machen. Das gilt für das automatische Handeln an der Börse genauso wie für das Herumschicken von Neuigkeiten. Wir müssen die Software verstehen, aber damit haben wir ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Die Journalisten sind alle trainiert, zu verstehen, wenn es politische Korruption gibt, aber sie verstehen das Funktionieren der neuen Medien noch nicht vollständig. Sobald die Software-Frage auftaucht, das hat man auch an den Reaktionen hier im Saal gemerkt, werden alle ein bisschen müde und stellen fest, oh Gott, Softwareentwickler, was geht mich das an. Unsere Gesellschaft, was wir alle die nächsten zehn, 20 Jahre tun werden, welchen Gefahren wir ausgesetzt sind – das hat mit den Regeln, die für Software herrschen, zu tun. Sie merken es: Das ist ein emotionales Thema für mich, vielen Dank für die Medaille.

**Katja Schütze**, Bosch Rexroth AG:

Ich bin ehemalige Stipendiatin der Stiftung und jetzt auch in dem „alten“ Wirtschaftszweig Maschinenbau tätig, bei Bosch Rexroth. Eine Bemerkung zu meinem Vorredner: Lasertechnik ist nicht



das beste Beispiel für alte Technologie, da hätten Sie sich schon eher meinen Arbeitgeber herausuchen müssen. Aber wenn Sie Ihr Brot backen wollen, dann brauchen Sie auch einen Ofen und nicht nur netten Service bei der Bäckerei.

Eine andere Sache, worüber ich sprechen wollte, ist der vergleichsweise geringe Jobabbau im Zuge der Finanzkrise. Ich sehe das in meiner Firma, dass speziell der demografische Wandel oder die Probleme damit eigentlich schon durch die Krise in den 90er Jahren hervorgerufen wurden und sich dadurch viele Firmen jetzt mit Entlassungen zurückhalten. Ich habe kaum Kollegen, die studiert haben und zwischen 35 und Anfang 40 sind. Die fehlen; da fehlt eine ganze Generation. Ich habe viele Kollegen, die sind 50 Jahre und älter, die bleiben ja weiterhin im Unternehmen, und ich habe viele Kollegen, die sind bis Anfang 30 und dann gibt es da schon ein großes demografisches Problem. Deshalb hat sich unsere Firma sehr stark zurückgehalten mit Entlassungen. Wie man dem vielleicht in Zukunft entgegenwirken kann: Indem man Menschen auch noch über 40 einstellt, auch Leute mit 50 einstellt. Da geben Firmen in Dänemark oder auch in Frankreich Beispiele, dass es besser funktionieren kann, auch arbeitsrechtlich, dass auch ältere Menschen noch in Brot und Lohn kommen. Das ist das Problem besonders für hochqualifizierte Leute: Wenn sie einmal außen vor sind, wo kommen sie dann wieder hinein, wenn sie keine Kontakte haben? Oder der Karriereweg nicht immer nur nach oben ging, sondern sie mit einer Stelle, die sie hatten, zehn Jahre zufrieden waren, das ist auch ein Problem.

Richtig ist, dass man schon bei den Kindern anfangen muss, sie begleiten bei der beruflichen Entwicklung, damit man später nicht auf 30 - 50% eines Jahrgangs verzichtet, wie das längere Zeit in Deutschland der Fall war. In meinem Bereich gibt es nur wenige Frauen, das ist mitunter schade, aber in vielen anderen Branchen gehen Frauen irgendwann aus dem Job und kommen nicht wieder. Warum? Da könnte man das demografische Problem eben auch anpacken. In Frankreich und in skandinavischen Ländern, die wirtschaftlich auch sehr stark sind, funktioniert das ja in einem gewissen Rahmen viel besser als bei uns. Hier ist zwar viel im Werden und wird auch verbessert, aber man muss die Probleme auch von wirtschaftlicher Seite aktiv angehen. Wir sollten deshalb nicht nur von staatlichen Aufgaben reden, sondern die Wirtschaft stärker fordern.

**Helmut Haussmann:**

Noch mal zum Thema Globalisierung und Marktwirtschaft, insbesondere in Asien. Ich sehe in Drittländern zwei Modelle: das indische Modell und das chinesische Modell. Chinesisches Modell heißt dabei: weniger Demokratie, sehr autokratisch, weniger Zivilgesellschaft, hohe Wachstumsraten. Umgekehrt bedeutet das indische Modell: demokratisch, sehr bürokratisch, sehr langsam. Die Frage der Weiterentwicklung der Marktwirtschaft liegt ja nicht nur im Finanzbereich, sondern eben auch im Bereich des Wettbewerbs, der Innovation, der Ausbildung. Nur wenn die Marktwirtschaft mehr Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand generiert, wird sie sich global durchsetzen. Und ich bitte, die Gefahr des chinesischen, autokratischen Modells nicht zu unterschätzen.

**Carola von Braun,** Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:

Ich bin die ältere Generation, die sich nur als Nutzerin von Software versteht. Ich habe immer noch nicht verstanden, wer Sie bezahlt, Herr Gerloff.

**Berthold Leibinger:**

Ich auch nicht.

**Rupprecht Podszun:**

Herr Gerloff, Sie müssen das gleich noch mal erklären. Frau Schwan, möchten Sie?

**Gesine Schwan:**

Ich wollte gern auf zwei Punkte zurückkommen. Das eine, was die Legitimität dieses Prinzips angeht, den Druck, der von der organisierten Zivilgesellschaft auf die Parlamente ausgeht und damit, so der Vorwurf, delegitimieren sie im Grunde das Parlament und maßen sich etwas an - hinterher sind sie alle

weg, hat Herr Leibinger gesagt, sie machen sich also aus dem Staub; so habe ich Sie verstanden. Ich wollte dazu sagen: In unserem demokratischen System versucht die Gesellschaft, die nicht in den Parlamenten organisiert ist, auf alle mögliche Weise auf das Parlament Druck auszuüben. Das ist auch legitim, das nennt man Lobby. Die Lobby gibt es nicht nur im Parlament, die gibt es auch in der Ministerialbürokratie, das ist auch legitim. Der große Unterschied liegt, glaube ich, dort, wo Lobby öffentlich ist und wo sie nicht öffentlich ist. Denn dort, wo Lobby öffentlich und transparent und einsehbar ist, ist sie nicht immer der Sache nach gut, aber sie ist wenigstens erkennbar, man kann Gegenlobby machen, man kann sie kontrollieren. Gegenwärtig ist der viel größere Teil der Lobby nicht öffentlich – wenn Sie sehen, dass die drei Rating-Agenturen, seitdem Obama an der Regierung ist, etwa 100 Mio. für ihre Lobby-Arbeit in Washington ausgegeben haben, das ist auch Druck aufs Parlament. Deswegen muss man das systematisch anschauen, und ich finde immer das, was öffentlich ist, ist weniger gefährlich als das nicht Öffentliche.

Ein Wort zur Demografie und zu den Fachkräften und zu dem, was auf die Marktwirtschaft zukommt. Das ist zwar ein Riesen-Thema, aber ich glaube, man muss es wenigstens erwähnen. Nicht nur in unseren Breitengraden, überall wird man das private mit dem Arbeitsleben anders und besser vereinbaren müssen. Das Arbeitsleben in der Marktwirtschaft steht unter enormem Geschwindigkeitsdruck, unter enormem Intensivierungsdruck, nicht zuletzt wegen dieser berühmten globalen Wettbewerbssituation. Das war noch machbar, solange wir in den Familien die alte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau hatten. Die hat aber keine Zukunft. Und deswegen ist eine Herausforderung der Marktwirtschaft das Ziel einer Art Entschleunigung, damit überhaupt persönliche Beziehungen, aber eben auch familiäre Beziehungen wieder möglich sind. Und nur in dem Kontext kann man dann sinnvoll demografische Fragen diskutieren und beantworten. Sie haben es angesprochen, Frau Schütze: Frauen und Fachkräfte und Familien und Kinderunterbringung...

**Katja Schütze:**

Für Männer ist das auch wichtig!

**Gesine Schwan:**

Ja, deswegen will ich es jetzt sagen! Das ist keine Frauenfrage, das ist eine Männer- und Frauenfrage, eine Menschenfrage, vielleicht sogar in der nächsten Zeit für die Männer die schwierigere Frage, weil die doppelte Rollenerwartung an sie, schnell Karriere zu machen und sich zugleich um die Kinder zu kümmern, fast noch größer ist als an Frauen.

**Armin Knauer:**

Ich möchte noch kurz auf Herrn Leibinger eingehen. Wir kennen uns seit vielen Jahren, er war Präsident der hiesigen Industrie- und Handelskammer. Deshalb möchte ich auf eine Frage hinweisen: Wie kann man in Zukunft noch besser werden in der Wirtschaft, wie können wir Krisen vermeiden? Herr Leibinger hat die Bildung angesprochen. Was Herrn Leibinger und seine Firma ungeheuer auszeichnet und was den Erfolg sicher auch ermöglicht hat, ist die Nähe zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Herr Späth, der zu der Zeit Ministerpräsident war, hat mit dem damaligen Rektor Franz Effenberger an der Stuttgarter Universität den Lehrstuhl „Lasertechnik“ eingeführt. Herr Leibinger hat es hervorragend verstanden, hier die Wissenschaft mit seinem Unternehmen zu verbinden, und ich meine, dort liegt die Herausforderung für uns in der Zukunft. Und das ist mir heute noch nicht genügend ausgebaut, zwischen den Wissenschaften, zwischen den Universitäten und der praktischen Seite. Die große Herausforderung ist: Was können die Wissenschaften im Verbund mit der Wirtschaft besser machen, damit der Informationstransport noch intensiviert wird?

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank. Wir kommen leider schon zur Schlussrunde, aber ich kann Sie alle trösten: Morgen geht es ja weiter, da kriegen Sie noch mal sehr viel Input und können alle Fragen, die heute noch offen bleiben, bei einem Glas Sekt nach der Preisverleihung ausdiskutieren.

Ich möchte Herrn Bendix und Herrn Otto noch einmal das Wort geben und dann haben unsere beiden Diskutanten des zweiten Teils noch mal einige Minuten, damit Herr Dorfs dann das richtige Futter für seinen Abschluss hat. Herr Bendix.

**Paul Bendix:**

Herr Leibinger, ich wollte nur noch schnell über das Stöckchen hüpfen, das Sie mir hingehalten haben. Vielleicht als Vorbemerkung: Ich und die Zivilgesellschaft haben höchste Anerkennung für individuelle Leistung und für individuelles Agieren, das würden wir nie in Frage stellen. Die Frage ist immer: Wenn das nicht ausreicht oder wenn das in die Irre führt, was ist der nächste Schritt?

Aber jetzt zu meiner Bemerkung. Ich mag mich völlig irren, aber wenn Sie sagen, die rot-grüne Koalition hat unter dem Druck der Zivilgesellschaft die Kurzarbeit verlängert, hat denn nicht gerade Schwarz-Gelb sie noch mal verlängert? Oder habe ich das falsch verstanden?

**Gesine Schwan:**

Schwarz-Gelb hat verlängert, was die Große Koalition dank Arbeitsminister Scholz eingeführt hat.

**Paul Bendix:**

Unter unserem Druck doch wohl kaum!

Sie haben Rot-Grün gesagt, aber dann lassen wir das Stöckchen einfach ruhen.

**Berthold Leibinger:**

Also die politische Richtung ist ganz uninteressant, das ist eine systematische Frage, das muss ich schon sagen. Ich bin eher relativ allein im Unternehmerlager mit dieser Meinung, weil der größte Teil der Kosten in der Tat durch das Gemeinwesen getragen wird. Ich bin der Meinung, dass man nach zwei Jahren Kurzarbeit als Unternehmer die Strukturveränderung geschafft haben muss, entweder mit neuen Produkten oder mit einem anderen Zugang zu anderen, zu neuen Märkten oder mit einer internen Veränderung, was auch Personalverminderung heißen kann. Aber das zu perpetuieren halte ich für gefährlich, weil nach zweieinhalb Jahren dann die Kraft in den Unternehmen fehlt, auch die finanzielle, es noch durchzusetzen. Das ist die systematische Frage. Einlullen durch Kurzarbeit, die Flucht aus der Realität, das ist mein Thema, das ist immer bequem.

**Michael Otto:**

Ich habe eine Frage und eine Anmerkung. Eine Frage an Herrn Gerloff: Mir ist in der Tat auch nicht ganz klar geworden, ob die freie Software frei ist oder man dafür zahlen muss. Und das zweite: Wie finanzieren Sie Ihre Organisation?

Die Anmerkung habe ich zur demografischen Entwicklung. Ich bin immer erstaunt, wenn ein großer Aufschrei kommt: Rente mit 67! Wenn wir uns die Altersstrukturen, die Entwicklung ansehen: Wer soll das denn eigentlich hinterher zahlen? Es sind einfach immer weniger, die eine immer größere Anzahl von Rentnern finanzieren müssen. Auf der anderen Seite kann man sagen, die Menschen werden immer älter, Gott sei Dank auch gesund älter, sind also durchaus auch leistungsfähig, und warum sollen sie dann nicht auch über das 65. Lebensjahr hinaus weiterarbeiten? Ich meine, das ist durchaus vernünftig, außerdem tritt die Regelung ja erst im Jahre 2020 in Kraft. Für mich ist eigentlich die entscheidende Frage: Haben wir die richtigen Arbeitsplätze? Und da, meine ich, ist die Wirtschaft aufgefordert zu überlegen, welche Arbeitsplätze für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geeignet sind, denn das sind Arbeitsplätze, für die man Erfahrung benötigt. Und die Arbeitsplätze, bei denen wir Wechsel, Changement brauchen, da müssen wir Jüngere einsetzen. Wir sind gerade bei mir im Unternehmen dabei, zu definieren, was sind Arbeitsplätze, die wir für ältere Mitarbeiter reservieren müssen, weil die dort einfach eine exzellente Leistung bringen können. Da werden bestimmte Anforderungen gestellt, die können ältere Mitarbeiter sogar besser als jüngere erfüllen, und andere Arbeitsplätze sind für Jüngere eher geeignet. Das ist für mich eigentlich die Schlüsselfrage und nicht die Frage, ob mit 65 oder mit 67 – da bin ich der Meinung, wir werden dahin kommen müssen, dass wir mit 67 pensionieren, wenn nicht sogar später.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank. Herr Gerloff und Herr Leibinger, Sie haben die Gelegenheit zum Schlusswort. Wir fangen mit Ihnen an, Herr Gerloff.

**Karsten Gerloff:**

Die Frage kam immer wieder auf: Wer bezahlt eigentlich für freie Software? Freie Software ist frei wie in „Freiheit“. Wir sagen dann oft noch: nicht frei wie in „Freibier“. Es geht bei freier Software tatsächlich um die vier Freiheiten, die ich genannt habe: sie zu verwenden, sie zu verstehen, sie zu verbreiten und sie zu verbessern. Wer zahlt dafür? Die gleichen Leute, die auch für unfreie Software bezahlen.

**Berthold Leibinger:**

Das habe ich vermutet.

**Karsten Gerloff:**

Während meiner Zeit an der Universität der Vereinten Nationen - damals habe ich an einer Studie mitgearbeitet für die Europäische Kommission -, haben wir uns genau mit dieser Frage befasst. Laut einer Erhebung von 2006 wurden 93% der Programmierer in der EU für ihre Zeit bezahlt, nicht für Softwarelizenzen. Man mag denken, dass Software das ist, was man auf einer DVD in kleinen Kisten im Mediamarkt kauft. Aber viel wichtiger im Softwaremarkt sind solche Unternehmen wie Banken oder Versicherungen, die große Mengen an Software brauchen. Herr Knauer hat das angesprochen: Der ganze Börsenhandel hängt extrem von leistungsfähigen IT-Systemen ab. Der öffentliche Sektor benutzt enorme Mengen Software. Die bezahlen alle dafür, dass ihnen jemand die Software erstellt, anpasst, wartet, ihnen die Bausteine zusammenfügt und eine funktionierende Lösung bringt. Diese Menschen bezahlen für freie Software. Unternehmer wie Herr Reiter, der vorhin ergänzt hat, was ich nicht unterbringen konnte, bringen diese Dienstleistung. Was er mit seinem Unternehmen macht, ist, dass er die Blöcke, die schon vorhanden sind - Programmbestandteile, Programmbibliotheken - nimmt, sie zusammenfügt und dafür sorgt, dass sie zusammen funktionieren und eine sinnvolle Gesamtlösung ergeben, die genau an die Kundenbedürfnisse angepasst sind. Damit ist er nicht der einzige, es gibt ganz viele solcher kleinen und mittleren Unternehmen. Weil freie Software so dezentral ist, haben wir ständig das Problem, dass wir keine zuverlässigen Zahlen bringen können. Aber - und jetzt kommen wir dazu, wie sich unsere Organisation finanziert - wir sehen, dass es viele Unternehmer in Europa gibt, die mit freier Software ihr Geld verdienen, von freier Software profitieren und deshalb auch bereit sind, uns durch Spenden zu unterstützen. Wir leben komplett von Spenden und von Beiträgen für unseren Unterstützerclub, das sogenannte Fellowship, auch eine Form von Spende. Ab und zu machen wir Projektarbeit, aber die Organisation ist im Wesentlichen durch Spenden finanziert. Unsere Budgets stehen auf der Webseite, ich lade Sie ein, dort einmal nachzuschauen. Es sind keine besonders großen Zahlen, aber es reicht gerade so.

Herr Knauer, Sie fragten vorhin, wie wir die neuen Medien eigentlich in den Griff kriegen. Meine Antwort darauf - sehr kurz, ohne schnippisch sein zu wollen - würde sein: gar nicht. Wir müssen lernen, sie besser für unsere Zwecke zu nutzen. Herr Podszun hat es vorhin erwähnt, ich habe Kulturwissenschaften studiert, dort habe ich unter anderem im kommunikationswissenschaftlichen Bereich die lebhafteste Debatte nachverfolgt, die sich in den 70er Jahren um das Fernsehen abgespielt hat, dass ja das Volk verdummt, generell in die Abhängigkeit führt und im Prinzip das Ende des Abendlands bedeutet. Ähnliche Stimmen kamen übrigens auch auf, als im 18. Jahrhundert Romane in Mode kamen, und ähnliche Stimmen kamen natürlich auch auf, als das Internet sich immer weiter verbreitete. Ich selbst hatte neulich einen kurzen Moment, wo ich gemerkt habe, ich werde älter. Mein 20jähriger Praktikant sagte mir, er habe keine Musik auf seinem Computer. Sehr ungewöhnlich, weil ich eigentlich dachte, dass Menschen in seinem Alter mehrere Gigabyte davon auf ihrer Festplatte herumtragen. Er sagte mir, er hat zu Hause seinen eigenen Server aufgesetzt, von dem er das Ganze ständig abrufen, weil er ja immer online ist. Das ist eine Welt, in der ich schon nicht mehr lebe, aber in der die Leute, die nur zehn Jahre jünger sind, sich sehr zu Hause fühlen. Der demografische Wandel

schnappt also auch nach unseren Hacken. Vorhin gab es noch einen Kommentar zur Verbindung zwischen Universität und Praxis. Genau hier – freie Software war im universitären Umfeld schon verbreitet, bevor sie in der Wirtschaft große Verbreitung fand, weil sie einfach der akademischen Methode entspricht, öfter mal etwas zu veröffentlichen, es durch Peers, durch Gleichgestellte korrigieren und kritisieren zu lassen, aus der Kritik zu lernen und es das nächste Mal besser zu machen. Andere können auf der gleichen Basis weiterentwickeln. Deswegen fühlt sich freie Software im universitären Umfeld sehr wohl und wird dort auch gerne genutzt, und ich bin allemal dafür, die Verbindung zwischen den Unternehmen, die sich mit freier Software befassen und den Universitäten weiter auszubauen.

**Berthold Leibinger:**

Ich gehe noch auf die drei Wortbeiträge ein, fasse zwei zusammen. Frau Schwan, ich bin in der Tat der Überzeugung und der Meinung, dass wir die Arbeitsverteilung in der Marktwirtschaft anders organisieren müssen. Ich habe zwei Töchter, die haben zusammen sechs Kinder – da sind wir auch altmodisch, wie Sie sehen –, und meine Töchter müssen zu viel arbeiten, während die älteren Menschen in Deutschland eher zu wenig arbeiten müssen. Ein deutscher Mann, der 60 Jahre alt ist, hat noch eine Lebenserwartung von 20,2 Jahren und eine deutsche Frau –zum Vergleich – noch 25 Jahre. Wenn ich mir vorstelle, dass ich mit 60 zu 20 Jahren Mallorca verurteilt worden wäre, wäre das für mich entsetzlich. Entsetzlich! Und deshalb glaube ich in der Tat, wir müssen altersgerechte Arbeitszeiten und Arbeitsverteilungen schaffen. Zum Beispiel: Im Unternehmen wollen wir für die Leute über 60 oder über 65 andere Arbeitszeiten vorgeben, die altersgerechter sind, wir wollen auch eine Ruhephase nach dem Mittagessen ermöglichen, einen Ruheraum. Das sind alles ganz praktische Dinge, die man machen kann und die wir machen müssen.

**Elke Wollenschläger**, Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:  
Und Familienzeiten?

**Berthold Leibinger:**

Das gehört alles dazu, die Frage der Kinderkrippen und der Zugänglichkeit zu den Kinderkrippen. Das ist ein ganzer Komplex, mit dem wir uns aber sehr intensiv beschäftigen.

Die Verbindung mit der Wissenschaft, Herr Knauer, das ist tatsächlich unser Erfolgsrezept. Ich fühle mich eigentlich immer noch in einer relativ interessanten und herausfordernden Realwirtschaft tätig, Maschinen bauend und Laser machend. Wir leben ja alle in einer dinglichen Welt: Wir sitzen auf Stühlen, wir trinken aus Gläsern, wir fahren mit irgendeinem Gefährt nach Hause und das ist alles in einer alten Technik entstanden und das brauchen wir alle. Ihre Software-Welt in Ehren, aber Sie sind Dienstleister und wir können uns Ihre Dienste Gott sei Dank leisten.

**Rupprecht Podszun:**

Vielen Dank, Herr Leibinger. Ich gebe jetzt das Wort an Joachim Dorfs, der das, was Sie heute gehört haben, für uns zusammenfasst – auch mit Blick darauf, dass wir uns im Herbst wieder treffen wollen, um ein einzelnes Thema zu vertiefen.

Herr Dorfs ist Chefredakteur der besten Regionalzeitung Europas, der Stuttgarter Zeitung und war zuvor für das Handelsblatt unter anderem in Washington, Paris und Düsseldorf tätig. Er ist gelernter Volkswirtschaftler, es kann also nichts mehr schief gehen. Herr Dorfs, bitteschön!

**Zusammenfassung und Ausblick auf die Herbsttagung 2010**

**Joachim Dorfs**

Chefredakteur Stuttgarter Zeitung

Vielen herzlichen Dank. Meine Damen, meine Herren, ich bin Volkswirt, nicht Politologe, insofern war mir die Input- und die Output-Kompetenz, die Frau Schwan gerade angesprochen hat, nicht so bekannt. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie alle eine hohe Input-Kompetenz haben. Und ich hoffe, dass ich jetzt auch eine hohe Output-Kompetenz entwickle.

Ich fange bei Frau Schwans Thema soziale Marktwirtschaft an. Die soziale Marktwirtschaft hat sich gewandelt. Leider ist das Verständnis, das wir von der sozialen Marktwirtschaft haben, aber nicht nachgekommen. Das ist ziemlich bedauerlich, weil Frau Merkel ja vor einiger Zeit gesagt hat, dass die soziale Marktwirtschaft eigentlich ein deutscher Exportartikel sein soll. Das ist also das, woran wir auch international arbeiten sollen: soziale Marktwirtschaft. Es geht, glaube ich, darum, tatsächlich ein gemeinsames Verständnis von sozialer Marktwirtschaft und dem, was soziale Marktwirtschaft heute bedeutet, zu entwickeln. Der Kontext, in dem das Ganze stattfindet, ist hier ziemlich lange erörtert worden. Ich gebe ein paar Punkte davon wieder: Zum einen reden wir über einen Bedeutungsverlust von Nationalstaaten. Ich fand in dem Zusammenhang sehr interessant, was Herr Bendix sagte, dass nämlich von den 100 größten Entitäten weltweit inzwischen 50 Unternehmen sind. Das charakterisiert das sehr gut. Wir haben lange über das Verhältnis von Markt und Staat geredet. Ich glaube, das werden wir alle nicht mehr vergessen, die antagonistische Kooperation. Das kann man auch in anderem Zusammenhang mit Checks und Balances beschreiben, darauf komme ich gleich noch einmal zurück. Es gab eine Kontroverse zwischen Herrn Bendix und Herrn Otto zum Thema freiwillige versus staatliche Regeln. Das ist relativ logisch, dass es diese Auseinandersetzung gibt. Was in diesem Zusammenhang nicht zur Sprache gekommen ist, ist, dass sich diese Frage oftmals gar nicht so stellt, weil Staaten in bestimmten Fragen einfach machtlos geworden sind. Also Stichwort Kopenhagen, Klimagipfel. Stichwort Finanzkrise. Da geht es gar nicht darum, ob die Staaten Regeln setzen oder ob es freiwillige Vereinbarungen geben muss, sondern ich glaube, die Unternehmen wären häufig sehr dankbar, wenn es überhaupt jemanden gäbe, der Regeln setzt.

Ein weiterer Punkt dabei ist die technische Entwicklung, die sich seit den Zeiten von Müller-Armack und Ludwig Erhard natürlich extrem verändert hat. Da geht es um solche Fragen wie Herr Gerloff sie angesprochen hat. Stichwort Softwareentwicklung, geistiges Eigentum: Was bedeutet uns das heute eigentlich? Das sind aber auch Fragen wie: Wie kriegen wir die modernen Kommunikationsmittel, wie kriegen wir die moderne Technik in den Griff? Wir werden natürlich lernen müssen, damit zu leben. Aber wenn man sich überlegt, was beispielsweise gestern Abend in New York passiert ist, dass durch einen offensichtlich technischen Fehler der Dow Jones mal eben zwischenzeitlich um 900 Punkte abgeschmiert ist, was wirklich eine weltweite Rezession auslösen kann. Das war offensichtlich ein technischer Fehler, wahrscheinlich war es eine falsche Order, bei der jemand statt „million“ „billion“ eingegeben hat. Durch den Grad der Vernetzung, den wir heute erreicht haben, eben anders als zu Zeiten Müller-Armacks, haben sich Dinge entwickelt, die in irgendeiner Form wenn nicht reguliert, dann zumindest einmal diskutiert werden müssen. Was ich extrem interessant fand, war die Frage von Herrn Leibinger an Herrn Otto, woher er seine Wahrheit eigentlich hat und wie lange sie dann anhält. Ich glaube, dass jeder bestimmte Überzeugungen hat und letztlich auch dazu aufgerufen ist, für diese Überzeugungen einzutreten und dass wir am Ende dann tatsächlich in diesem Prozess der antagonistischen Kooperation oder bei den Checks and Balances landen. Dinge, die nur ein Einzelner durchsetzen möchte, werden sich dann eben nicht durchsetzen. Zur Frage: Welche Spieler müssen eigentlich über die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft diskutieren? Ich habe eingangs schon gesagt, dass Nationalstaaten an Bedeutung verloren haben. Das ist hier angesprochen worden. Es ist ja sogar so, dass es nicht nur diesen Bedeutungsverlust der Nationalstaaten gibt, sondern dass sich auch die Welt insoweit komplett verändert hat, als dass die G7, die ja früher ein ganz bedeutendes Gremium waren, inzwischen zumindest durch die G20 abgelöst wurden. Es geht nicht mehr darum, dass wir nur die Nationalstaaten stärker hereinbringen müssen, sondern es geht auch um die Zahl der Nationalstaaten, denn die Zahl der Interessen hat sich ganz dramatisch erhöht.

Es hat mich überrascht, wie kontrovers das Thema Legitimation der Zivilgesellschaft, der NGOs hier in dieser Runde diskutiert wurde, gerade weil Staaten an bestimmten Punkten nicht mehr weiterkommen. Stichworte: Welthandel, globale Regeln, Kofi Annan: Code of Conduct. Das sind ja

eben nur bestimmte Unternehmen, die sich da eingeschaltet haben. Deshalb glaube ich, dass durch die Globalisierung ein Vakuum entstanden ist, in das die NGOs stark eingestiegen sind. Insofern ist deren Bedeutung auf jeden Fall da. Interessant fand ich zwei Klarstellungen zu dem Thema von Frau Schwan. Zum einen die Frage der Lobby. Letztlich ist es also legitim, auf die Arbeit der Parlamente in jeglicher Beziehung Einfluss zu nehmen, sei es durch eine bestimmte Lobbyarbeit, sei es durch eine offene oder nicht ganz so offene Lobbyarbeit. Wichtig fand ich auch die Klarstellung, dass Legitimität von gewählten Parlamenten eben auch durch NGOs nicht in Frage gestellt werden darf. Darauf komme ich am Schluss noch mal zurück.

Mein letzter Punkt in der Zusammenfassung ist die Frage des Unternehmertums. Ich habe ein bisschen die Stirn gerunzelt, als Herr Podszun zur Einleitung sagte, dass Herr Otto den Preis ja nicht für seinen unternehmerischen Erfolg erhalten hat, sondern für sein ehrenamtliches Engagement. Ich bin nicht sicher, ob ich es richtig verstanden habe. Wenn ich es richtig verstanden habe, würde ich es für bedenklich halten und zwar insofern, weil ich mich frage: Komme ich als Unternehmer meiner sozialen Verantwortung nicht nach, indem ich mich einfach wie ein ehrbarer Kaufmann verhalte, die Interessen des Stakeholder respektiere; indem ich Gewinne und gute und sichere Arbeitsplätze schaffe? Oder muss ich dazu extra ein CSR-Programm auflegen? Möglicherweise bedingt das eine das andere ja auch? Möglicherweise muss ich so über den Tellerrand gucken, wie das Herr Leibinger oder Herr Otto tun, um dann auch ein solches Unternehmerverständnis zu entwickeln. Das mag sein, dass es so ist, aber ich glaube, wenn die Ursprungsthese war, wir zeichnen das ehrenamtliche Engagement aus, aber nicht den Unternehmer Otto oder nicht den Unternehmer Leibinger, dann hielte ich das für problematisch. Die Kunst ist doch eher, diese win-win-Situation zu schaffen, von der Sie, Herr Otto, gesprochen haben.

Ich habe zwei bis drei Vorschläge für Themen, mit denen sich die Stiftung im Herbst beschäftigen könnte. Das eine wäre „Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“. Darunter kann man letztlich verschiedene Themen fassen, wie zum Beispiel: Wie setzt man überhaupt Regeln? Wer setzt die Regeln? Was ist eigentlich sozial? Letzteres ist mittlerweile eine absolute Leerformel geworden; soziale Gerechtigkeit, darunter versteht jeder etwas anderes. Die Frage: Wann und wie überprüft man die Regeln und wie überprüft man sie im Zeitablauf? – das war ein Aspekt von Herrn Leibinger, den ich sehr interessant fand. Und letztlich die Frage der neuen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die Frage der Demografie: Welche Rolle spielen diese Aspekte im System der sozialen Marktwirtschaft?

Der zweite Themenkomplex, den ich anbieten könnte, wäre: Welches Unternehmertum brauchen wir eigentlich? Über die win-win-Situation habe ich schon gesprochen. Die Frage ist, wie entstehen solche win-win-Situationen? Es sind jetzt zwei Eigentümer-Unternehmer ausgezeichnet worden. Ist damit die Eigentümer-Unternehmung der Beförderer dieser guten Eigenschaften? Das würde ich zunächst einmal bezweifeln, weil ich glaube, dass es zwar sehr gute Beispiele von Eigentümer-Unternehmern gibt, wir in den vergangenen Monaten aber auch sehr viele Beispiele von problematischen Eigentümer-Unternehmern gesehen haben, die nicht gerade vorbildlich mit den Schutzinteressen ihrer Arbeitnehmer umgegangen sind, die massenhaft outgesourct und bespitzelt haben. Umgekehrt hat Herr Leibinger darauf hingewiesen, dass die Unternehmen in Deutschland insgesamt sehr verantwortungsvoll mit dem Thema Entlassungen in der Krise umgegangen sind. Und das waren eben nicht nur Eigentümer-Unternehmer, sondern das waren auch Aktiengesellschaften und Kapitalgesellschaften, die natürlich noch einmal unter einem anderen Druck stehen. Die Frage ist also: Welches Unternehmertum brauchen wir, um welche Rechtsform geht es da?

Ein drittes Themenfeld könnte die Frage nach dem Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Parlamenten sein. Von der Vehemenz der Auseinandersetzung in diesem Punkt war ich überrascht. Das ist natürlich kein neues Thema, das wird seit vielen Jahren diskutiert. Andererseits wissen die Stuttgarter unter uns, dass wir wegen des Bahnprojekts Stuttgart 21 im Herbst eine sehr angespannte Situation hier in der Stadt haben werden, und die Zivilgesellschaft meines Erachtens dort durchaus die Legitimität der Parlamente in Frage stellen könnte. Vor diesem Hintergrund gäbe es also, zumindest

was Ort und Zeit angeht, durchaus einen Anlass, auch noch einmal über das Verhältnis der Parlamente zur Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Damit schließe ich. So wird jetzt aus meinem Output gleich wieder ein Input in die Stiftung hinein. Das ist dann wie der Satz von der Erhaltung der Masse. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!